

BLICKPUNKT

JOURNALISMUS IN HESSEN



Regierungssprecher Bußer zieht Bilanz

Verbandstag:
**Kreative Ansätze für
breitere Unterstützung**

Hessischer Rundfunk:
**Audio-Strategie mit
verheerenden Folgen**

Grimme-Preis:
**Hochachtung für zwei
hr-Journalistinnen**

Podcasts:
**HNA weitet
Portfolio aus**

BLICKPUNKT

Organ des Landesverbandes
Hessen (Rheinbahnstraße 3, 65185
Wiesbaden) und des Deutschen
Journalisten-Verbandes e. V., Ge-
werkschaft der Journalisten.
33. Jahrgang, Juli 2022

Herausgeber:

Deutscher Journalisten-Verband
Landesverband Hessen e. V.

V. i. S. d. P.:

Knud Zilian

Redaktion:

Jens Brehl (bre),
Andreas Lang (ala),

Koordination:

Andreas Lang

Schlussredaktion:

Andreas Lang, Maik Schulz

Titelbild:

privat

Anzeigen:

Axel Häslers

Anschrift der Redaktion:

Rheinbahnstraße 3
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11-3 419124
Telefax: 06 11-3 419130
E-Mail: info@djhessen.de
Homepage: www.djhessen.de

Erscheinungsweise:

viermal jährlich

Für Mitglieder im DJV Hessen ist der
Heftpreis im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten.

ISSN 1861-9517

Gestaltung und Herstellung:

MSB VVW GmbH & Co. KG, Gotha

Veröffentlichungen, die nicht
ausdrücklich als Stellungnahme
des DJV-Vorstandes gekennzeich-
net sind, stellen die persönliche
Meinung des Verfassers dar. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte
kann keine Haftung übernommen
werden. Nachdruck, auch auszugs-
weise, nur mit Genehmigung des
Herausgebers.

Achtung:

Textefürdienächste „Blickpunkt“-
Ausgabe müssen an [maxala@
online.de](mailto:maxala@online.de) eingereicht werden.

Aus dem Inhalt

Editorial:

Punkten mit den Stärken 3

Verbandstag:

Öffnen für neue und junge Mitglieder 4

Hessischer Rundfunk:

Streichkonzert in den Hörfunkwellen 6

Langjähriger Regierungssprecher:

Michael Bußer zieht nach 23 Jahren Bilanz 7

Tag der Pressefreiheit:

Landesverband und Ortsverband Wiesbaden machen mobil 9

Feder für die Pressefreiheit:

Anerkennung für Live-Protest im russischen Fernsehen 11

Grimme-Preis:

Crossmediales hr-Projekt mit Schülern imponiert Jury 12

Hass im Netz:

Wie sich die Frankfurter Rundschau immunisiert 13

Spendenaktion:

Moderator Werner Reinke sammelt eine Million für die Ukraine 15

Ton- und Bildaufnahmen:

Was auf einer Bürgerversammlung aufgezeichnet werden darf 17

Kolumne:

Vom (un)missverständlichen Gebrauch cooler Anglizismen 18

Berichterstattung gegen Rassismus:

Hamza-Kurtović-Preis für ZDF-Reporterin Susana Santana 19

Podcasts:

Hessisch/Niedersächsische Allgemeine baut Hörangebot aus 20

Kolumne:

Wenn hunderte Journalisten Hand in Hand arbeiten 22

Künstlersozialkasse:

Ignorierte Beiträge zur Rentenversicherung mindern Ansprüche 23

LPR-Forum Medienzukunft:

Constructive Journalism in Krisenzeiten 24

Qualitätsjournalismus:

Verblüffende Einblicke in die neuronale Nachrichtenverarbeitung 26

Social Media:

DJV Hessen 2.0 auf fünf Kanälen 28

Ampel uneins über Differenzen

Berlin – Grüne und SPD bewerten die Dif-
ferenzen bei den laufenden Verhand-
lungen für eine Ampel-Koalition unterschied-
lich. Während Grünen-Co-Parteichefin
Annalena Baerbock am Freitag noch ein-
mal bekräftigte, dass sie sich nicht fest-
legen wolle, wann der Koalitionsvertrag
steht, äußerte sich Malu Dreyer (SPD) zu-
versichtlich, dass SPD-Kandidat Olaf
Scholz in der Nikolaus-Woche zum Bun-
deskanzler gewählt wird. **sz > Seite 7**

Eindeutig uneindeutig. Foto: ala

Ohne Qualitätsjournalismus keine demokratische Gesellschaft

Auf unserem Verbandstag Anfang des Monats in Wiesbaden haben wir beschlossen, künftig auch eine Fördermitgliedschaft anzubieten für natürliche, aber auch juristische Personen. Sprich: Wer den Journalismus unterstützen will, kann das tun, auch Firmen können im Rahmen der Fördermitgliedschaft dabei sein. Dabei wollen wir mit Argusaugen darauf schauen, dass uns keine windigen Personen oder Firmen unterkommen.

Deshalb haben wir auf dem Verbandstag – der Bericht dazu beginnt auf der nächsten Seite – auch definiert, wer in Frage beziehungsweise nicht in Frage kommen kann. Politische Parteien und Gruppierungen können ebenso wenig aufgenommen werden wie Menschen, die sich etwas anderes unter freiem Journalismus vorstellen als es unsere Satzung definiert. Als Kontrollorgan haben wir den erweiterten Vorstand ausgewählt, damit auch die Ort- und Bezirksverbände eingebunden sind und dort ansässige Bewerber auf ihre Qualifikation prüfen können.

Auf Bundesebene wird geprüft, ob eine Stiftung Qualitätsjournalismus ins Leben gerufen werden kann. Das sind alles Maßnahmen, die natürlich auch Geld in die Kassen bringen sollen. Allerdings bin ich der Meinung, dass wir nicht aufgeben sollten, neue Mitglieder zu werben. Und hier auch meine immer wiederkehrende Bitte: Geht auf Eure Kollegen und Kolleginnen zu, überzeugt sie vom DJV, zeigt



Knud Zilian, Landesvorsitzender DJV Hessen
(Foto: Wolfgang Kühner)

ihnen die Vorzüge, die wir haben.

Wer da Unterstützung braucht, Argumentationshilfen, der sollte sich an die Geschäftsstelle in Wiesbaden wenden. Einen kleinen Katalog, warum eine Mitgliedschaft wertvoll ist, findet sich auch auf unserer Website. Außerdem sollten wir alle wissen wie wertvoll eine Mitgliedschaft ist, und sollten genug Überzeugungskraft haben, Kollegen und Kolleginnen zu überzeugen.

Wir sind noch gut aufgestellt, brauchen aber auch Nachwuchs. Deswegen meine Bitte: Jedes Mitglied sollte versuchen, ein weiteres Mitglied zu werben. Und wenn es nur jeder Dritte schafft. Auch dann wäre viel erreicht. Wir wollen weiter für Qualitätsjournalismus eintreten, für die Werte von freiem Journalismus, ohne den eine Gesellschaft nicht demokratisch ist. Das erleben wir ja gerade in Russland.

Wir werden nun zusätzlich zu anderen Aktionen auch die Universitäten und Hochschulen im Land in den Fokus nehmen, um dort schon bei den journalistischen Studiengängen die Werbetrommel zu rühren. Wir wollen jedenfalls ein starker Verband bleiben. Deswegen müssen wir uns um weitere Mitglieder bemühen.

Euer Knud Zilian



Foto: ala

Einen erholsamen Sommer wünschen der Landesvorstand und die Blickpunktredaktion.

Rezepte gegen Mitgliederschwund

Verbandstag ebnet Weg für Fördermitgliedschaften –

Landesvorsitzender Knud Zilian will gezielt auf Studierende zugehen

Mit stehendem Applaus hat der Landesverbandstag des DJV Hessen Anfang Juli in Frankfurt begonnen. Grund: Landesvorsitzender Knud Zilian dankte Janine Utting und Brigitte Schwiertz, den beiden Seelen des Verbands in der Geschäftsstelle. Nach rund fünf Stunden endete die Delegiertenversammlung nicht minder harmonisch, nach offen-konstruktiven Debatten und zielführenden Beschlüssen.

Brigitte Schwiertz in der Geschäftsstelle? Das mag sich der ein oder andere der 43 Delegierten gefragt haben. Ist sie nach fast 20 Jahren nicht voriges Jahr in den Ruhestand verabschiedet worden? Theoretisch schon. Aber nach der regen personellen Fluktuation in der Rheinbahnstraße, die Janine Utting aktuell alleine dort zurücklässt, wollte die erfahrene Kollegin sie nicht im Stich lassen, assistiert derzeit wo es geht und bis die vakante Stelle neu besetzt ist. Welche Wertschätzung Brigitte Schwiertz nach wie vor genießt, zeigte sich an den Freudeausbrüchen und Umarmungen am Rande der Versammlung.

Zurück zur nüchternen Verbandstagsroutine: In seinem Jahresbericht ächzte auch Zilian unter den Pandemiefolgen, die dem Verband einen Mitgliederschwund von 2235 auf 2162 binnen eines Jahres beschert hat. Schwindende Aufträge und prekäre Arbeitsverhältnisse ließen gerade vielen Freien keine andere Wahl als den Journalistenjob aufzugeben und sich nach einer anderen Einkommensquelle umzusehen. Ein klares Bekenntnis legte Zilian zur Fraktion der Rentner im DJV ab. Da sie nachgelagert Einkünfte aus journalistischer Tätigkeit be-

zögen, sei auch eine satzungskonforme Legitimation für eine Fortsetzung der Mitgliedschaft gegeben. „Mit Renteneintritt löst sich das journalistische Verständnis ja nicht auf“, gab Zilian zu bedenken. Oder in den Worten von Ehrenmitglied Volker Hummel: „Journalist ist man lebenslänglich“.

Zilian kündigte an, bei der Mitgliederwerbung das Augenmerk verstärkt auf die Standorte in Hessen richten zu wollen, an denen journalistische Studiengänge angeboten werden. Und das sind mehr als ihm auf Anhieb einfielen, neben Marburg, Darmstadt und Frankfurt etwa auch Gießen. Mit dieser Strategie soll Studierenden eine DJV-Mitgliedschaft schmackhaft gemacht werden – nachdem die Resonanz auf die seit gut einem Jahr angebotenen Schnuppermitgliedschaft, während der Volontäre und Auszubildende befristet einen Sondertarif zahlen, überschaubar geblieben ist.

Studierende werben

Zu den Schmankerln einer Zugehörigkeit zum DJV Hessen zählt für den Vorsitzenden über den Basisservice hinaus das umfängliche Seminarangebot, das – im Gegensatz zu anderen Landesverbänden – für Mitglieder kostenfrei bleibt.



Neue Doppelspitze: Landesvorsitzender Knud Zilian und der neue Geschäftsführer Adrian Jäckel.

Foto: Hans Dieter Erlenbach

Aus der breit angelegten Zukunftswerkstatt des Bundes nimmt Zilian die beruhigende Erkenntnis mit, dass die Weichen von Fusion auf Kooperation umgestellt sind. Wo sich Zusammenschlüsse anbieten, werden sie verfolgt, etwa mit einer Zusammenlegung der Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein. Für Hessen will es deren Chef allerdings bei losen Absprachen belassen, wie etwa für den Fotowettbewerb mit Thüringen.

Reisekostenpauschale erhöhen?

Wort gehalten hat der Landesvorstand bei der Weitergabe von einschlägigen Mitgliederdaten an die Ortsverbandsvorsitzenden. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, um die Kontakte mit der Basis pflegen zu können, ist datenschutzrechtlich nicht so einfach zu realisieren. Der Vorstand hat dennoch einen praktikablen Weg gefunden.

Weniger einfach ist das bei der auch von den Kassenprüfern aufgeworfenen Frage, wie angesichts steigender Spritpreise Fahrtkosten für ehrenamtliche Tätigkeiten adäquat kompensiert werden können. Aber auch über eine Lösung dieser Frage brütet der Vorstand.

Dem voriges Jahr beschlossenen Kauf der Geschäftsstelle steht so gut wie nichts mehr im Weg. Notartermin ist im August. Dann gehört die Wiesbadener Gewerbeimmobilie, die gegebenenfalls in eine wertigere Wohnimmobilie umgewandelt werden könnte, dem DJV, die Miete wird künftig entfallen. Der neue Geschäftsführer Adrian Jäckel wird dann mit den beiden Assistentinnen in einer DJV-eigenen Immobilie residieren. Janine Utting ist gesetzt, die Nachfolge für Christine Voll, die auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist, ist ausgeschrieben. Knud Zilian ist im doppelten Sinn erleichtert:



Blick vom Präsidium ins Plenum.

Foto: Hans Dieter Erlenbach

über die nach wie vor familiäre Atmosphäre in der kleinen, aber effizienten Geschäftsstelle und darüber dass Jäckel ihm Geschäftsführeraufgaben abnimmt, die er nach dem überraschenden Abgang der beiden Vorgängerinnen Imke Sawitzky und Kristelle Hönsch ad hoc – und zeitraubend – zusätzlich geschultert hat.

Eine gute Nachricht hatte auch Schatzmeisterin Gabriela Blumschein: Für das laufende Haushaltsjahr erwartet sie erstmals seit 2018 ein bescheidenes Plus. Jörg Steinbach, der den DJV Hessen weiterhin in der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) vertreten wird, warnte vor dem Gesetzentwurf der Landesregierung für diesen Sektor. Demnach soll eines der vier Medienprojekzentren im Land aufgegeben werden. Bisher sind diese Bürgerfernsehstationen in Offenbach/Frankfurt, Gießen, Fulda und Kassel stationiert. Mindestens für zwei davon will die LPR die Trägerschaft behalten.

„Vorsitzender omnipräsent“

Für den Bundesvorstand würdigte Mika Beuster, stellvertretender Bundesvorsitzender, Mitglied im Landesvorstand und Vorsitzender des Ortsverbands Lahn-Dill, „seinen“ DJV Hessen als einen der aktivsten

auf Bundesebene. In den Bundesfachausschüssen stelle er allein zehn Mitglieder, „und der Landesvorsitzende ist omnipräsent“. „Das F-Wort haben wir aus dem Sprachschatz getilgt, am K-Wort kommen wir nicht vorbei“, folgte Beuster Zilian auf dem Pfad von Kooperationen statt Fusionen. Föderalismus sei ebenso gewollt wie die Verwertung gemeinsamer Schnittmengen. Enttäuscht äußerte Beuster sich über die Präsenz bei den Kundgebungen am Tag der Pressefreiheit. Die Aktionen am 3. Mai hätten in der Berichterstattung ein größeres Echo ausgelöst als in der eigenen Mitgliedschaft. „Wir brauchen dringend mehr W u m m s“, pflichtete die Wiesbadener Ortsverbandsvorsitzende Sylvia Kuck ihm bei. Etwa bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Hessischen Rundfunk, wo sie Vize-Vorsitzende des örtlichen Personalrats ist.

A propos hr: Dort sieht der Landesvorsitzende finstere Zeiten angebrochen, nachdem Pläne der Geschäftsführung zu einer radikalen Verschlankung und Entwertung der Audio-Formate durchgesickert sind (siehe Artikel auf Seite 6). „Bei 80 Prozent linearer Hörschaft ist es sträflich, digitale Angebote so radikal zu pushen“, warnte Zilian vor den Folgen auf die Programmqualität. Ein solcher Kahlschlag, der auch renommierte Sendungen wie „Der Tag“ nicht verschone und hr-iNFO am-

putiere, dürften nicht un widersprochen bleiben. Mittelfristig werde diese Strategie auch das Fernsehprogramm erfassen, ist sich Zilian sicher. Dass die Überlegungen aus einer Arbeitsgruppe „Auffindbarkeit digitaler Angebote“ gespeist worden ist, sei entlarvend. Seinen Brandbrief hat er auch im Rundfunkrat und Verwaltungsrat lanciert.

Christian Knatz vom Ortsverband Darmstadt monierte die Begleitkommunikation des Bundes zu den Flächentarifverhandlungen. In Südhessen mit seinem hohen Organisationsgrad hätten streikbereite DJV-Mitglieder vergeblich auf einen Initialfunken vom Verhandlungstisch gewartet. Beuster bewertete die Kommunikation intensiver als bei vorangegangenen Verhandlungen. Das Tarifergebnis sei gleichwohl unter den Erwartungen geblieben. Mit Rücksicht auf den bundesweiten Geltungsbereich hätten Kompromisse eingegangen werden müssen.

Andreas Lang

Die Anträge

Kontrovers diskutiert wurde der satzungsändernde Antrag des Vorstands, auch juristischen Personen eine fördernde Mitgliedschaft zu ermöglichen. Den Delegierten war es wichtig, den Verband auch nicht indirekt oder unentdeckt für Zwecke zu vereinnahmen, die den Statuten zuwiderlaufen. Das wird dadurch gewährleistet, dass der erweiterte Vorstand einem solchen Antrag zustimmen muss. Weil darin auch die Ortsverbandsvorsitzenden vertreten sind, ist so sichergestellt, dass lokal bekannte Akteure bei Antragstellung in Wiesbaden nicht als Wolf im Schafspelz auftreten. Politischen Parteien und Gruppierungen sowie religiösen Gemeinschaften bleibt diese Option grundsätzlich verwehrt. Im Sinne von Transparenz werden solche Mitgliedschaften verbandsintern offen kommuniziert. Vorteil der direkten Mitgliedschaft: Im Gegensatz zu einem Stiftungsmodell oder der Gründung einer (gemeinnützigen) GmbH fließen die Beiträge 1:1 in den DJV-Etat.

Mit einem zweiten Antrag, den der Ortsverband Frankfurt gestellt hat, wird das Netzwerk Freie wieder zu einem vollwertigeren Fachausschuss aufgewertet. Zwei weitere Anträge des Ortsverbands mussten von den Verbandtagspräsidenten Thorsten Becker und Andreas Lang nicht zur Abstimmung gestellt werden. Für den Fachausschuss Europa können für Vakanzen zwischen den formalen Wahlgängen stattdessen Mitwirkende kooptiert werden. Und mit der Zusage des Landesvorstands, ein vertretbares Catering bei Veranstaltungen zu finanzieren, brauchen die Ortsverbände kein zugewiesenes Budget verwalten.

ala

Im Blindflug

Der hr legt mit seiner „Audio-Strategie“ das Beil ans Radio, aber das hat schon ganz andere Attacken überstanden - Konsequenzen für „Der Tag“ und Funkkolleg

Digital oder linear. Dieser Frage stellt sich der Hessische Rundfunk gerade auch im Hörfunk, dem guten alten Radio. Radio ist tot, keiner wird es mehr nutzen. Als die ersten Fernsehbilder 1935 über die Röhrenschirme gingen, sagte das noch keiner. Aber 1952 waren sich viele sicher, dass jetzt bald keiner mehr Radio hören wird.

Aber – oh Wunder – das Radio gibt es heute noch. Sicher sitzt heute nicht mehr die ganze Familie gespannt vor dem Apparat, um gemeinsam Hörspiele zu hören. Aber es ist immer noch eines der schnellsten Medien der Welt, auch und besonders in Sachen Information kaum zu schlagen. Und das ist auch eine der Kernaufgaben, die die öffentlich-rechtlichen Medienhäuser per Auftrag haben. Selbstverständlich sind auch Unterhaltung und Bildung weiterhin gefragt und Teil ihres Auftrags.

Der aber soll nun deutlich dünner bedient werden. Mit Volldampf will der hr nur noch in die Prime-Time, also am Morgen und am Vormittag investieren. Danach von der „Daytime“ über die „Relaxtime“ bis zur „Nighttime“ radikal ausgedünnt, am Abend (und schon Stunden vor dem Übergang in die ARD-Nachtprogramme) will man die verbliebenen Hörerinnen und Hörer nur noch automatisiert bedudeln. Im Infoprogramm ist um 20 Uhr schon de facto Sendeschluss, was danach gesendet wird, kommt aus der Konserve und Wiederverwertung.

Bildung? Immerhin: „hr2 – Der Tag“ ist seit neuestem als „hr-iNFO Der Tag“ zu hören. Das Konzept aber ist – dank seiner nahezu halbierten Ressourcen – kaum noch tragfähig. Was bleibt? Eine feuilletonistisch-(gesellschafts-)politische Sendung mit dem Anspruch, aber ohne ausreichende Mittel, noch eigenständig Themen umzusetzen. Das ist eben nicht mehr das, was „Der Tag“ in hr2 bisher war. Nebenbei war „Der Tag“ auch als Podcast schon eines der erfolgreicherer „Audio-Produkte“ im hr. Lange vor der „Audiostrategie“, die ihren Namen nicht verdient.

Von der Qualität, für die öffentlich-rechtlicher Rundfunk stehen will und soll, kann

man wohl bald nicht mehr sprechen. Hat eigentlich jemand bemerkt, dass das Funkkolleg – ebenfalls digital zuletzt sehr erfolgreich – im Jahre seines 55. Geburtstags – mal eben für ein ganzes Jahr ausgesetzt wurde? Gerade in der Pandemie hätte es den Schülerinnen und Schülern im Lockdown hilfreiche und unterhaltsame Ergänzung zum „Fern“-Unterricht sein können. Kommt es im Herbst in dieser oder anderer Form wieder? Oder wird dieser Meilenstein des Bildungsauftrags still und leise beerdigt? Nichts Genaues weiß man nicht. Jedenfalls ist es kaum fassbar, dass ausgerechnet hr-Info – in seinem Verbreitungsgebiet noch immer das erfolgreichste Inforadio der ARD – so ausgedünnt werden soll.

Aber da ist ja das Digitale. Also Podcasts. Das ist im Kommen, da wird gepowert. Wohl dem, der es bemerkt hat! Sicher ist – und das ist die Argumentation der Öffentlich-Rechtlichen: Die Jugend hört kein lineares Radio mehr. Das stimmt, die Jungen sind eher auf anderen Plattformen unterwegs. Und das, obwohl es doch in jedem ARD-Sender eine Jugendwelle gibt! Deren Publikum ist allerdings im Durchschnitt eher um die 30 Jahre alt. Das dürfte kaum noch als „Jugendwelle“ durchgehen.

Die allermeisten Jüngeren wollen eben nicht das hören, was die ARD-Sender anbieten. Also sind sie auf privaten Plattformen unterwegs und suchen sich dort, was sie hören und sehen wollen. Dieses Bedürfnis soll nun auch die ARD-Audiothek bedienen. Ich kenne keine Jugendlichen, die – im wahrsten



Schwindelerregend: die Programmplanung der Intendanz fürs Radio. Foto: Andreas Lang

Sinne des Wortes – schon mal irgendwas von der Audiothek gehört hätten. Und von jenen, die diese ganzen Podcasts hören sollen, fühlen sich die allerwenigsten angesprochen. Ins Digitale soll jetzt verstärkt investiert werden, von „Generationengerechtigkeit“ ist da die Rede. Aber erreichen hr-Angebote in der Audiothek und auf diversen Drittplattformen wirklich die 14- bis 20-Jährigen in nennenswertem Umfang? Die Frage kann zurzeit niemand verlässlich beantworten.

Deshalb ist das, was der hr gerade macht, keine Strategie, sondern ein Blindflug. Den Qualitätsverlust im linearen Programm nimmt man bewusst in Kauf, überproportionale Reichweitenverluste dürften folgen. Darin liegt dann auch ein finanzielles Risiko. Sinken die linearen Quoten, sinken auch die Werbeeinnahmen. Auch das will man scheinbar in Kauf nehmen, und das bei der dramatischen Ebbe in der

Kasse insgesamt. Die lineare Quote verhält sich zur digitalen noch mehr als 80 zu unter 20 Prozent. Das wird sich über die Jahre deutlich verändern, und das müssen die ARD-Anstalten im Blick haben. Die Frage ist aber, ob in der Geschwindigkeit, mit der gerade am offenen Herzen operiert wird, der Patient nicht vor Abschluss der Operation ver stirbt. Das Radio ist tot – es lebe das Radio.

Auf der Strecke bleiben hierbei vor allem die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hr, denn die gesamten Einsparungen im Programm führen bei vielen von ihnen nicht nur zu Frustrationen, sondern zu Mindereinnahmen und somit zu Existenzangst und wirtschaftlichen Nöten. Und das nach zweieinhalb Jahren Corona und mitten in einer Phase steil ansteigender Inflation.

Knud Zilian



Weniger statt mehr: In hr-iNFO ist es nach 20 Uhr vorbei mit regionaler Aktualität. Foto: ala

„Mit jedem Fehler leidet die Glaubwürdigkeit“

Mit Ministerpräsident Volker Bouffier hat sich Ende Mai auch Regierungssprecher Michael Bußer zurückgezogen - Ein Bilanzgespräch nach 23 Dienstjahren

23 Jahre lang hat Michael Bußer für die Landespolitik gesprochen, annähernd zu gleichen Teilen für das Innenministerium und für die gesamte Landesregierung. Mit der Entscheidung von Ministerpräsident Volker Bouffier, dieses Amt abzugeben, endete auch Bußers Dienstzeit. Wir sprachen mit dem 61-jährigen, was davon in Erinnerung bleibt – und was ihn nun erwartet.

Herr Bußer, fast ein Vierteljahrhundert lang unzertrennlich an der Seite des Ministerpräsidenten und selbst im Abgang synchron mit ihm. Das nennt man Nibelungentreue.

Für mich war es konsequent, mit Volker Bouffier abzutreten. Es war sowohl eine außergewöhnliche und eine außergewöhnlich lange Zeit. Da ist

es folgerichtig, dass mit einem neuen Ministerpräsidenten auch ein neuer Regierungssprecher übernimmt.

Sie haben Ihren Chef phasenweise häufiger gesehen als seine Frau. Haben Sie sich vorgenommen, in zwei Jahren Ihr Quasi-Silberjubiläum miteinander zu feiern?

Wir haben uns ja nicht scheiden lassen (lacht). Wir bleiben in Kontakt, nehmen gelegentlich noch gemeinsame Termine wahr. Vor unserer Zusammenarbeit haben wir uns nicht gekannt, mussten tatsächlich erst mal zueinander finden. Das hat verständlicherweise nicht von Anfang an reibungslos funktioniert, hat sich aber zu einem harmonischen Miteinander entwickelt. Wer so lange so eng miteinander

arbeitet, kann nicht alles falsch gemacht haben. Volker Bouffier war, ist und bleibt eine Respektsperson, der ich vertrauen konnte und der mir hoffentlich vertraut hat.

Hinter verschlossenen Türen war er nicht das knorrige, kantige Raubein, wie er vor allem in seinen Jahren als Innenminister wahrgenommen worden ist?

Das Attribut des schwarzen Sheriffs, das ihm in dieser Zeit angeheftet worden ist, ist für einen CDU-Innenminister doch mehr ein Kompliment als eine Herabwürdigung. Im Binnenverhältnis hat er an manchen Stellen klare Kante gezeigt, war an anderen aber auch sehr liberal. Da habe ich so manche Parallele zu Günther Beckstein entdeckt.

Der in Bayern ja auch beide politische Funktionen innehatte und am Ende als jovialer Landesvater in Erinnerung geblieben ist.

Das Etikett des Hardliners ist Bouffier in der Phase angehängt worden als klar war, dass er Roland Koch folgen würde. Aber ein Ministerpräsident hat eine andere Rolle, und die hat Bouffier dann auch wahrgenommen. Er hat die Gesellschaft und Interessen zusammengeführt, ohne seine Position aufzugeben, aber auch ohne zu polarisieren. Eine Veranlagung, die er schon als Vorsitzender der Jungen Union in Hessen kultiviert hat. Nur erinnert sich da kaum jemand dran.

Sie haben Ihren Chef auf unzähligen Reisen begleitet, ha-

ben Persönlichkeiten in aller Welt getroffen. Welche bleiben in besonderer Erinnerung?

Das sind die beiden Reisen nach Israel und die Begegnung mit Papst Franziskus im Vatikan. Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal das Privileg genießen dürfte, dem Heiligen Vater die Hand zu schütteln. Gerade als Bundesratspräsident hat Volker Bouffier ja auch international repräsentative Termine wahrgenommen. Diese ragen heraus.

Als Sie im Mai 1999 die Regie über die Öffentlichkeitsarbeit im Wiesbadener Innenministerium übernommen hatten, hatte das Haus noch nicht mal eine Homepage. Am Ende sind Sie viral gegangen, haben die Corona-Politik in YouTube-Clips erklärt. Welch ein Wandel.

Die Zurückhaltung online war damals mit Sicherheitsbedenken für unsere Infrastruktur begründet worden. Über meine beiden Jobs kann man sagen, was man will, aber langweilig waren sie nie. Immer wenn man glaubte, alles schon mal erlebt zu haben, kam eine völlig neue Herausforderung: 9/11, Bankenkrise, Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine.

Politische und ökonomische Herausforderungen, die Sie medial zu übersetzen hatten.

Im Rückblick hat sich in der Branche überdies ja nicht weniger als eine kommunikative Revolution vollzogen, mit einer ungeahnten Beschleunigung der Nachrichtenverbreitung im Netz. Die immer direktere Kommunikation hat unser aller Geschäft verändert, das der Regierungssprecher eingeschlossen.

Hat diese Kurzatmigkeit der Seriosität in der politischen Kommunikation geschadet?

So weit gehe ich nicht. Bei jedem kulturellen Umbruch kamen apokalyptische Reiter angaloppiert und haben einen

Sittenverfall und Niedergang der Debatte beklagt. Im Rückblick nehme ich mehr qualitative Verbesserungen als Verschlechterungen wahr. Klar ist der Trend zur immer schnelleren und zugespitzteren Verbreitung ein Problem, gerade bei der Vermittlung komplexer Inhalte. Ich bin jedenfalls meinem Grundsatz treu geblieben, dass Genauigkeit vor Geschwindigkeit geht. Mit jedem Fehler leidet die Glaubwürdigkeit.

Welche Erwartungen haben Sie an Qualitätsjournalismus in Hessen?

Er ist nach wie vor gefragt. Ich habe es mitunter bedauert, dass er nach meinem Empfinden zu lange fixiert war auf die klassische Print-Produktion. Aber das hat er überwunden. Er hat sich damit arrangiert, dass gerade junge User ihren Informationsbedarf dort stillen, wo sie es am bequemsten können. Sie lesen eben keine Zeitung mehr. Aber gerade wegen dieser Informationsfülle bleibt die Chance von gutem Journalismus, Nachrichten einzuordnen, zu bewegen, zu gewichten – glaubwürdig und professionell. Auf den Plattformen, auf denen Kunden das erwarten.

Wie oft hatten Sie auf Pressekonferenzen das Gefühl, dass Pressesprecher und Journalisten gepflegt aneinander vorbeireden?

Grundsätzlich habe ich da keine schlechten Erfahrungen gemacht. Sicher ist mitunter zugespitzt worden, um etwa online Aufmerksamkeit zu erregen und Media-Time zu



Höchste Weihen: Michael Bußer mit Volker Bouffier mit Papst Franziskus im Vatikan. Foto: privat

generieren. Das konnte auch zur Folge haben, dass wir mit dem was wir sagen oder nicht sagen als dröge wahrgenommen worden sind. Aber diese Zurückhaltung, diese Formulierungskunst, um keinen ausufernden Interpretationsspielraum zu bieten – das nehme ich eher als Kompliment denn als Kritik. Ich kann mich jedenfalls an keinen einzigen Fall erinnern, wo ich mich hinter die Fichte geführt gefühlt habe.

Was fangen Sie mit der nun gewonnenen Freiheit und Freizeit an?

Man merkt erst, dass alles anders ist, wenn alles anders ist.

Es ist schon ein merkwürdiges Gefühl, nach so langer Zeit aus dem medialen Grundrauschen herauszutreten und ins Abklingbecken einzutauchen. Bei manchen Push-Meldungen auf dem Smartphone funktioniert der Reflex noch, und mir schießt die Frage durch den Kopf, wen ich als Erstes kontaktiere. Aber das legt sich allmählich. Ich finde immer mehr Muße, mich der Lektüre eines längeren Artikels zu widmen und nicht gleich auf jede Push-Nachricht zu drücken. Ich möchte mir etwas Zeit geben, etwas Abstand gewinnen und dann auf zu neuen Ufern.

Die Fragen stellte Andreas Lang.

Zur Person

Michael Bußer (61) war 23 Jahre lang Sprecher von Volker Bouffier. Zunächst des Innenministers, seit 2010 des Ministerpräsidenten und damit der gesamten Landesregierung. Der gebürtige Seligenstädter hat seine berufliche Laufbahn als Kriminalbeamter im Frankfurter Polizeipräsidium begonnen, ehe er in den Journalismus wechselte. Nach dem Studium der Journalistik und Geschichte an der TU Dortmund volontierte Bußer bei der „Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung“. Bevor er in die hessische Landespolitik wechselte, sprach er sieben Jahre lang für die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft. Als Jugendfußballer bei den Kickers Offenbach stand der Mittelfeldspieler zusammen mit Rudi Völler in einer Mannschaft. Als Regierungssprecher hat ihn Ende Mai Tobias Rösmann abgelöst, der mit seinem Chef, Ex-Landtagspräsident Boris Rhein, als Staatssekretär in die Staatskanzlei gewechselt ist. Seinen Lehrauftrag am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen wird Bußer weiter wahrnehmen.

„Menschenrecht, kein Zugeständnis“

Landesverband und Ortsverband Wiesbaden begehen Tag der Pressefreiheit

Volles Programm am 3. Mai: Mittlerweile ist es Tradition, dass Sylvia Kuck und Knud Zilian am Hauptsitz des Hessischen Rundfunks Rosen verteilen, um an den internationalen Tag der Pressefreiheit zu erinnern. Als Novum ging es mittags auf die Frankfurter Straßen, um für Frieden in der Ukraine und Pressefreiheit in Russland zu demonstrieren. Die hessischen Demonstranten zogen vom ukrainischen Generalkonsulat zum russischen, um ihre Botschaften lautstark zu verkünden.

„In Russland gibt es keine freie Presse mehr, was bleibt ist die Propaganda des Staats – und wohin das führt haben wir in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 erlebt“, mahnte Knud Zilian, Vorsitzender DJV Hessen. Der ukrainische Generalkonsul Vadym Kostjuk dankte den Demonstranten persönlich für die gezeigte Solidarität. „Berichten Sie weiter, die Gräueltaten müssen veröffentlicht werden“, bat er.

„Nur schwache Herrscher benötigen eine schwache Presse, um an der Macht zu bleiben – eine starke Presse nützt der Demokratie“, rief Mika Beuster, stellvertretender Vorsitzender des Bundes-DJV und Mitglied des Vorstandes in Hessen. Vor dem russischen Generalkonsulat forderte er lautstark Präsident Putin auf, den Krieg in der Ukraine zu beenden und in seinem Land eine freie Berichterstattung zu ermöglichen. Trotz Megafon war Beuster kurzzeitig heißer, so sehr steigerte er sich in seine berechtigten Forderungen hinein. „Pressefreiheit ist ein Menschenrecht und kein Zugeständnis, welches man machen kann oder nicht.“

Auch in Deutschland hat sich die Situation für Journalistinnen und Journalisten weiter verschlechtert, was während der Kundgebungen wiederholt zur Sprache kam. Vor allem der tätlichen Gewalt gegen Vertreten der Presse bei Demonstrationen von Querdenkern und rechten Demonstrationen ist es geschuldet, dass die Bundesrepublik im von „Reporter ohne Grenzen“ jährlich erstellten weltweiten Ranking der Pressefreiheit um drei Positionen auf Platz 16 abgerutscht ist.

Mag die Teilnehmerzahl der Demonstration des DJV Hessen übersichtlich gewesen sein, so kann sich das Medienecho

sehen lassen: Radio Frankfurt, RTL Kompakt, Hessenschau und zur besten ARD-Sendezeit Bilder in der Tagesschau.

Am Abend luden der Presseclub Wiesbaden und der DJV Hessen zu einer Diskussion in die Räume des Presseclubs ein. Dessen Vorsitzender Stefan Schröder und Sylvia Kuck oblag die Moderation. Fake News seien kein neues Phänomen, Krieg und Lüge seien schon lange historisch miteinander verbunden, führte Gregor Daschmann, Professor für Publizistik an der Johannes Gutenberg Universität Mainz, aus. Ziele: Die eigene Bevölkerung von der Richtigkeit des Kriegs zu überzeugen und die Moral des Gegners zu destabilisieren. „Die wachsende Medienkontrolle wurde immer wichtiger.“

Krieg und Lüge

Flapsig könne man sagen, die Vereinigten Staaten hätten den Vietnamkrieg im Fernsehen verloren, weil zur besten Sendezeit US-Soldaten starben und dadurch der Widerstand der eigenen Bevölkerung immer weiter wuchs. Im ersten Golfkrieg zog man die Lehren daraus, über die Bildschirme flimmerte nur noch ein „klinisch sauberer Krieg“. Das war der Beginn vom sogenannten Embedded Journalism, sprich der kontrollierten Kriegsberichterstattung. Zivile Pressevertreter sind direkt einer Militäreinheit zugewiesen, so lassen sich Informationen steuern. Ähnliches beobachtet Daschmann im aktuellen russischen Krieg in der Ukraine. Bilder von direkten Kampfhandlungen fehlten, beide Seiten würden versuchen, dass diese nicht öffentlich werden. „Wer gerade einen Gewaltakt begeht, sieht dabei nie gut aus.“ Auch ihn



Initiatoren der beiden Gedenkveranstaltungen: Ortsverbandsvorsitzende Sylvia Kuck und Landesvorsitzender Knud Zilian. Foto: Wolfgang Kühner

verblüfft das schiere Ausmaß der Medienkontrolle in Russland. Einzelne Angebote ließen sich im russischen Teil des Internets besonders leicht abschalten, weil Datenleitungen und die Kommunikation via Satelliten vollkommen in staatlicher Hand lägen. Zeitgleich verbreiteten Trolle des Kremls in den sozialen Medien Propaganda und Lügen.

Heil aus der Ukraine zurückgekehrt und der Diskussion zugeschaltet, berichtete ARD-Korrespondent Oliver Mayer von seinen Erlebnissen. Einflussnahme auf seine Berichterstattung habe er nicht erlebt. Meist waren er und sein Team auf eigene Faust unterwegs, auch weil der Sender keinen eingebetteten Journalismus direkt von der Front wünschte. Wie sieht die Situation für Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine selbst aus?

Pressefreiheit in der Ukraine

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich dort die Arbeitsbedingungen für die Presse massiv verschlechtert, wie Reporter ohne Grenzen recherchiert. Die Ukraine rutschte im weltweiten Ranking um neun Positionen auf Platz 106 von 180 ab. In den ersten beiden Monaten der Kämpfe wurden mindestens sieben Journalistinnen und Journalisten während ihrer Arbeit getötet. Russische Truppen griffen gezielt Medienteams an und bombardierten Fernsehtürme in mehreren Städten. Mehrmals wurden Medienschaffende entführt oder ihre Familienangehörigen unter Druck gesetzt, um sie zum Schweigen zu bringen. Am 20. März legte Präsident Wolodymyr Selenskyj die landesweiten Fernsehsender per Dekret zusammen, um eine einheitliche Informationspolitik verbreiten zu können. Jens Brehl

Schließlich ist das Land im Ranking von Reporter ohne Grenzen um neun Positionen auf Platz 106 von 180 abgerutscht (siehe Infokasten). Für die Diskussion in Wiesbaden hatte sich Mayer bei ukrainischen Kollegen umgehört. „Viele haben sehr gute Erfahrungen mit Pressefreiheit gemacht.“ Sie hätten auch vor dem Krieg relativ frei berichten können. In der aktuellen Phase gibt es einen patriotischen Konsens Übereinkommen mit der Regierung, welche Art von Informationen nicht veröffentlicht werden, wie militärische Details, Todeszahlen und dergleichen.

Virtuelle Anklage

Auch wenn Oliver Mayer nicht direkt von Kampfhandlungen berichtet hat – die ARD-Faustregel sei ein Abstand von 30 Kilometer zur Front –, war sein Einsatz beileibe nicht ungefährlich. Während einer Live-Schalte aus der südöstlichen Stadt Saporishja schlug etwa einen Kilometer entfernt eine Rakete ein. Doch auch in Friedenszeiten begeben sich Journalisten weltweit immer wieder in Gefahr, um frei berichten zu können – und ernten dafür mitunter Drohungen, Gewalt und verlieren schlimmstenfalls das Leben.

Der tödliche Anschlag im Januar 2015 auf die Redaktion der französischen Satire-Zeitschrift



Im Schatten des inhaftierten Julian Assange: Diskussion im Wiesbadener Presseclub. Foto: Wolfgang Kühner

Charlie Hebdo war ein Schock für die Künstlerin Susanne Köhler, die selbst kritische Comics publiziert. „Wenn die jemandem nicht gefallen, kann er einfach in mein Atelier kommen und mich umbringen“, schildert sie ihren damaligen Gedankengang. Im gleichen Monat berichtete unter anderem die Wochenzeitung „Die Zeit“ über den getöteten mexikanischen Journalisten Moisés Sánchez, der zuvor regelmäßig über Korruption berichtet hatte und dafür mehrfach Morddrohungen erhielt. „Er hat einfach seine Arbeit fortgesetzt. ‚Nur‘ damit wir informiert werden, hat er sein Leben riskiert. Wenn ich schon Angst habe, was hat dieser Mensch alles ausgehalten?“

Diesen Mut wollte Köhler sichtbar machen. Im Internet recherchierte sie weitere Hintergründe und fand Fotos des Journa-

listen. Kurz darauf zeichnete sie ein Porträt von Sánchez – und eine Idee nahm Gestalt an. Verfolgte, inhaftierte und getötete Pressevertreter wollte sie sichtbar machen und gründete den Verein „Wahrheitskämpfer“, den sie als Vorsitzende führt. Weltweit fanden sich bisher 50 Künstlerinnen und Künstler, die mittlerweile über 500 Portraits gezeichnet haben. Sie sind auf der Internetseite des Vereins (www.wahrheitskaempfer.de) als ein Denkmal für die Pressefreiheit – laut Daschmann eine „virtuelle Anklage“ – mit persönlichen Informationen zu den Abgebildeten zu finden. Weitere Mitstreiter sind willkommen, alle Zeichenstile erlaubt, Rechercheure und Texter für die Steckbriefe können ebenso jederzeit einsteigen.

Jens Brehl

Raus aus der Medienblase!

Kommentar: Der Protest am Tag der Pressefreiheit hätte ruhig etwas mehr auffallen dürfen

Bei jeder passenden Gelegenheit betont Knud Zilian zu Recht, dass der internationale Tag der Pressefreiheit am 3. Mai für den DJV ebenso wichtig ist, wie für den Deutschen Gewerkschaftsbund der Tag der Arbeit am 1. Mai. Seit Jahren finden daher meist im Wiesbadener Raum Abendveranstaltungen mit hochkarätigen und spannenden Gästen statt. Es wird diskutiert, sich ausgetauscht und Mut zugesprochen – und nicht zuletzt seit 2018 die Feder der Pressefreiheit verliehen.

Die weltweite Lage für die Pressefreiheit verschlechtert sich vielerorts zusehends. Leider auch in Deutschland mit tätlichen Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten während Demonstrationen der rechten Szene und vor allem der

Querdenker. Die Rechnung ist denkbar einfach: Ohne eine starke und freie Presse ist die Demokratie nicht nur in Gefahr, sondern im Grunde unmöglich.

„Was bleibt ist die Propaganda des Staats – und wohin das führt haben wir in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 erlebt“, mahnte Zilian lautstark bei der Demonstration am 3. Mai in Frankfurt am Main mit Blick auf Russlands Imperialismus.

Auslöser für die bundesweiten Protestaktionen des DJV war der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die dort während ihrer Arbeit getöteten Journalistinnen und Journalisten und die fehlende Pressefreiheit in der Russischen Föderation.

Mag der Anlass kein schöner sein, so war er dennoch für den DJV Hessen ein Zündfunke am Tag der Pressefreiheit die Medienblase zu verlassen und auf die Straße zu gehen.

Auch wenn kaum Mitglieder dem Aufruf gefolgt sind – die Teilnehmerzahl war mit unter 20 überschaubar, um nicht zu schreiben beschämend – war dennoch ein wichtiger Schritt getan. Viel stärker als früher gilt es, den Kontakt mit weiten Teilen der Gesellschaft zu suchen, unsere Arbeit viel besser zu erklären und vor allem den Wert von freier Presse für alle Menschen zu betonen. Ein wichtiges und öffentliches Bekenntnis.

Jens Brehl

Die Mutprobe

Landesverband würdigt Marina Ovsyannikovas Live-Protest im russischen TV mit „Feder für die Pressefreiheit“

„Wir müssen vor der Ukraine auf die Knie sinken und um Vergebung bitten für das, was in diesem Land passiert ist.“ Dieses Schuldeingeständnis stammt von einer Russin. Von einer der wenigen vernehmlichen Stimmen, die Mitverantwortung für die Kriegsschuld nicht von sich weisen. Mehr noch: die die Zivilcourage besitzt, die Aggression von Präsident Wladimir Putin zu geißeln. Sie gehört Marina Ovsyannikova, jener Journalistin, die Mitte März mit einem handgeschriebenen Plakat in den Abendnachrichten des russischen Staatsfernsehens für wenige Sekunden gegen den Krieg in der Ukraine protestieren konnte. Für diesen mutigen Auftritt erkennt ihr der DJV-Landesverband Hessen auf Vorschlag des Paten der Aktion, Ingo Zamperoni, zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai die Feder für die Pressefreiheit 2022 zu.

Die Szene, in der Ovsyannikova sich hinter der Moderatorin eine medienwirksame Position zum Ausbreiten des klammheimlich beschriebenen Posters sucht, wird – dazu braucht es wenig hellseherische Fähigkeiten – zu einer ikonischen Aufnahme werden. Sie hat dafür sogar das Sicherheitspersonal überrumpeln können, das am Eingang des Studios postiert ist. Ihr Fanal mag von der Regie schnell, aber nicht schnell genug abgestellt worden sein. Weltweit hat es die ihm gebührende Aufmerksamkeit erregt, als eine der wenigen vernehmlichen Ausdrücke von Widerstand aus der russischen Gesellschaft heraus.

Und das von einer Protagonistin, die qua Profession eigentlich zu Neutralität und Distanz verpflichtet ist. Doch Ovsyannikova, Tochter eines Ukrainers und einer Russin, konnte und wollte angesichts der Gräueltaten in dem Nachbarland nicht länger schweigen, wie sie in mehreren Interviews auch für deutsche Medien ausgeführt hat. Ihr simpler Appell: „Kein Krieg. Glaubt der Propaganda nicht. Hier werdet ihr belogen. Russen sind gegen Krieg.“ Sieben Sekunden lang war sie damit in den Abendnachrichten „Wremja“ des ersten Staatskanals zu sehen, gerade lang genug, damit die Zuschauerinnen

und Zuschauer der russischen „Tageschau“ die Zeilen überfliegen konnten. Aber dank des anschließenden Tsunamis in den sozialen Netzwerken lang genug, dass ihre Erklärung sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt hat.

Weiteres Strafverfahren angekündigt

Die Verfasserin ist seitdem und nach einer ad-hoc-Verurteilung zu einer vergleichsweise milden Geldstrafe von knapp 270 Euro abgetaucht, auf Beruhigungsmittel angewiesen gewesen. Ein weiterer Prozess nach dem verschärften Mediengesetz ist für April erwartet worden. Dabei drohen Ovsyannikova ein weiteres Bußgeld und – weitaus gravierender – eine langjährige Gefängnisstrafe. Eine weitere Verhandlung ist aber zumindest zur zunächst angekündigten Terminierung nicht eröffnet worden.

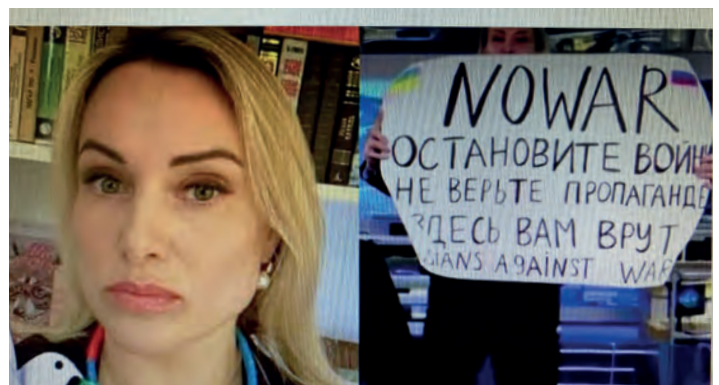
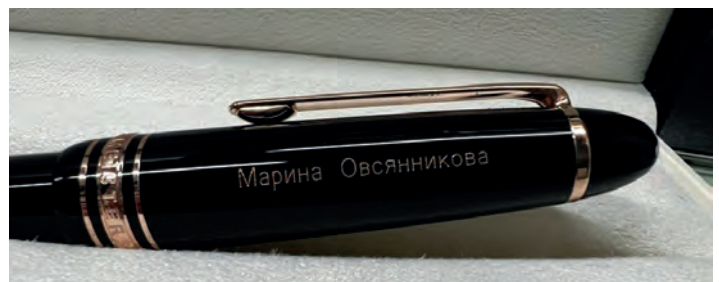
Aber selbst wenn der Arm der russischen Justiz von ihr ablassen sollte, sicher kann sich die Mutter zweier Teenager nicht fühlen. Sie fürchtet Rache. Das Schicksal von Anna Politkowskaja, die 2006 für ihre gedruckten Überzeugungen auf offener Straße erschossen worden ist, hat die mutige Kollegin vor Augen. Vielleicht, so spekuliert Ovsyannikova nüchtern, greifen ihre Häscher auch zu subtileren Methoden, fingieren einen Verkehrsunfall.

Dennoch will sie in Russland bleiben, auch ihrer Familie zuliebe, die sie vorab nicht in ihr riskantes Manöver eingeweiht hatte. Die traurige Folge

ihrer heroischen Tat: Noch nicht einmal in ihrem engsten Umfeld sieht sie jeder als eine solche. Familienmitglieder haben sich distanziert, der Kontakt ist in Teilen abgerissen. Solidarität kann sie nicht per se erwarten, noch nicht mal von der eigenen entsetzten Mutter, auch nicht vom rebellierenden Sohn. Und auch nicht vom Gros der Kollegen in der Redaktion, die in fehlgeleitetem Patriotismus wenig bis kein Verständnis haben für den Protest einer Humanistin. Allen medialen Gegenbeweisen, allen Gräueltaten und Kriegsverbrechen in Budscha oder Borodjanka zum Trotz verteidigen sie Putins Krieg und seine Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Im Kreuzfeuer der Kritik

Als Patriotin bezeichnet sich die 43-jährige auch. Was für sie aber nicht gleichbedeutend ist mit Kadavergehorsam. Die Leitung des ersten Staatskanals hat sie indes als „verräterische Spionin“ verzeichnet. Die Moderatoren in der Redaktion wollten ihr eine gesichtswahrende Lösung anbieten und sie dazu überreden,



Hat ihr langes Schweigen gebrochen: Marina Ovsyannikova und das mittlerweile legendäre Protestplakat, das sie vor die laufende Kamera gehalten hat. Foto: Instagram:@marinaovsyanikovaofficial

ihre Aktion mit einem Nervenzusammenbruch zu erklären. „Ich bin Staatsfeind Nummer eins in Russland“, macht sich die Journalistin, die sich anhaltenden Belästigungen ausgesetzt sieht, keine Illusionen. „Die Ukrainer nennen mich eine FSB-Agentin, die Russen schreiben, ich sei eine Verräterin, die für den britischen Geheimdienst arbeitet“, schrieb sie in einem Gastbeitrag für die „Welt“.

Mitte April hat die Zeitung mitgeteilt, dass sie Ovsyannikova als freie Mitarbeiterin für Print und TV beschäftigen wird. Für Chefredakteur Ulf Poschardt verteidigt sie die „wichtigsten journalistischen Tugenden“. Ukrainische Kollegen sehen diese Verpflichtung durchaus skeptisch, bewerten ihre Narrative als „definitiv nicht pro-ukrainisch“, wie eine Journalistin dem Deutschlandfunk sagte. Die „Welt“ untergrabe mit der Verpflichtung dieser Mitarbeiterin das Vertrauen in die eigene Berichterstattung, schrieb ein weiterer Kollege in der FAS. Wenige Sekunden Protest gegen den Krieg löschten „all die Jahre im Dienst des Regimes“ nicht aus. Ovsyannikova müsse auf ihrem Weg zu einer liberalen Haltung „abgeholt“ werden, meint Medienwissenschaftlerin Anna Litvinenko etwas milder gestimmt.

Dass solche kritischen Töne geäußert werden können und dass sie nicht unbeachtet verhallen, macht das Wesen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft aus. Der weit überwiegende Respekt, der

Ovsyannikovas mutigem Solo im russischen Staatsfernsehen gezollt wird, gibt ihr – wie auch die Feder für die Pressefreiheit des DJV Hessen – den Rückenwind und die moralische Unterstützung, die sie nach diesen turbulenten Wochen braucht, um sich allmählich wieder auf ihren Kernauftrag besinnen zu können.

Mühselige Läuterung

Dabei hat sie sich nervenstark von Anfang an nicht allein auf weiter Flur gesehen, hat auch mehr oder weniger klandestine Botschaften des Respekts und der Solidarität empfangen. Beileibe nicht von der Mehrheit, schließlich sei eine ganze Generation mit Putins Propaganda aufgewachsen, ruft Ovsyannikova in Erinnerung. Viele, auch viele Journalistinnen und Journalisten haben sich mit der staatlichen Indoktrination arrangiert. Nicht jeder könne nach dem bösen Erwachen am Morgen des 24. Februar diese Prägung abstreifen und sich auf ein neues Narrativ einlassen. Und mutige Standesvertreter, die gegen erhebliche Widerstände und Repressalien investigativ und gewissenhaft ihrem journalistischen Auftrag nachgekommen sind, waren die Ausnahme, nicht die Regel. Ovsyannikova fand sich jahrelang nicht an dieser Speerspitze.

Das hat sich nun gedreht. Eine ganze Reihe von Freunden und Kollegen teile ihre geläuterten Positionen, ist sie sich sicher. Viele könnten und wollten es sich aber (noch) nicht erlauben, sich öffent-

lich zu exponieren, berichtete sie in zig Interviews auch für deutsche Sender. Der Widerstand wachse zwar. Nach und nach quitiere die desillusionierte Fraktion den Dienst bei Staatssendern oder gleichgeschalteten Publikationen, sehe keine Möglichkeit mehr, ungehindert und unbelästigt aus und über Russland zu berichten. Zur bitteren Wahrheit gehöre aber auch, dass das Gros der Journalistinnen und Journalisten unkritisch und im Sinn des Kreml weiterberichte.

Dieser Zwiespalt ist bezeichnend für die russische Zivilgesellschaft, in der so undurchsichtig bleibt, wie kritisch die Masse der Kriegsgegner tatsächlich ist. Die Mehrheit wolle „diesen verdammten, diesen unerträglichen Krieg“ in der Ukraine jedenfalls nicht, ist Ovsyannikova überzeugt. Dies sei nicht der Feldzug eines Volkes, sondern eines Mannes, verteidigt sie ihre Landsleute.

„Mein Leben hat sich für immer verändert, dessen bin ich mir bewusst“, hat die Journalistin im „Spiegel“-Interview nüchtern festgestellt. Ihre Aktion war auch eine Art Befreiungsschlag aus der „kognitiven Dissonanz“, in der sie selbst jahrelang gefangen war. Jetzt hat sie sich aus der Umklammerung der Propaganda befreit, kann und will wieder klar denken. Mit der „Feder für die Pressefreiheit“ kann sie diesen klaren Gedanken nun Ausdruck geben. **Andreas Lang**
Weitere Beiträge im Newsletter zum Tag der Pressefreiheit.

„Von, mit, und für junge Menschen“

Grimme-Preis für hr-Journalistinnen Petra Boberg und Christine Rütten

Im November 2021 war ihr Herzensprojekt bereits mit dem Hessischen Journalistenpreis von Sparda-Bank und DJV Hessen ausgezeichnet worden. Nun sind die hr-Journalistinnen Petra Boberg und Christine Rütten für die crossmediale Serie „Am Limit?! – Jetzt reden WIR!“ auch mit der renommiertesten Auszeichnung der deutschsprachigen Medienwelt geehrt worden, dem Grimme-Preis.

Die „sensible, zielgruppen-

orientierte und crossmediale ausgerichtete Konzeption und Realisation“ der sechsteiligen Dokureihe für die ARD-Mediathek hat die Grimme-Jury nach eigenem Bekunden „besonders begeistert“. Den Spezialpreis in der Kategorie Kinder und Jugend verdanke das Autorinnen-Team seiner „sorgsamsten Recherche“ in Kombination mit schnörkellosen, zum Teil von den Schülern mit ihren Smartphones selbst gedrehten Bildern. Die Reihe wirke auch deshalb besonders

authentisch, weil sie eben nicht aus „Filmen über junge Menschen, sondern von, mit und für junge Menschen“ bestehe, heißt es weiter in der Begründung der Jury.

Das crossmediale Corona-Schul-Projekt war „eine echte Herzensangelegenheit“ für Petra Boberg, die im Rahmen einer großen Recherche selbst mehrere Monate Erfahrung als Aushilfs-Lehrerin hatte sammeln können. Was auch den Impuls gegeben hat für „Am

Limit?!“ Schon damals hatten „die Schülerinnen und Schüler uns gespiegelt, dass sie einfach nicht gehört werden“, so Boberg, „dass sie zu wenig gefragt werden: Wie geht's euch eigentlich? Wie kommt ihr klar in der Pandemie? Was vermisst ihr? Braucht ihr Struktur? Das war so intensiv, dass wir dann entschieden haben: Da müssen wir drauf schauen.“

„Es war ein herausforderndes Projekt, auch weil die Schülerinnen und Schüler sich und

ihren Corona-Alltag ständig filmen mussten. Das alles in ein neues Format zu bringen, wäre ohne ein starkes Team unmöglich gewesen.“ Aber es sei in einer Anstrengung im Team letztlich gut gelungen, die „ganz besondere Nähe zu den Schülern und ihrem Blick auf die Welt“ zu ermöglichen. Christine Rütten widmet die Auszeichnung denn auch ihren jugendlichen Protagonisten: „Denn die Schülerinnen und Schüler haben für die Serie erzählt, wie sie die Pandemie erleben. Nachdem viel zu lange über sie und nicht mit ihnen geredet wurde, war uns das bei diesem Projekt sehr wichtig.“ In der Tat spielen die Selfie-Videos inhaltlich und ästhetisch



„Ganz besondere Nähe zu den Schülern und ihrem Blick auf die Welt“: Protagonistinnen und Protagonisten „am Limit“.
Foto: hr

eine zentrale Rolle in der Serie, die noch bis 20. November in der ARD-Mediathek abrufbar ist. Dafür waren die Jugendlichen vom hr mit einer pro-

fessionellen Video-App ausgestattet und im Umgang damit gecoacht. Den Autorinnen ist es gelungen, die Unmittelbarkeit der filmischen Tagebuch-Notizen durch professionell gedrehte Aufnahmen zu ergänzen, wobei auf einen einordnenden Off-Kommentar verzichtet wurde. Lehrkräfte und Eltern kommen ebenfalls zu Wort, im Mittelpunkt stehen aber die Sorgen und Wünsche der Jugendlichen im Dauer-Lockdown.

„Es ist nicht das erste crossmediale Projekt, das wir gemeinsam gemacht haben“, erzählt Christine Rütten. „Wieder mit viel Herzblut, oft selbst am Limit“. Aber es

habe sich gelohnt. Die betreuende Redakteurin Tanja Nadig sieht die Auszeichnung nicht zuletzt auch als „tollen Erfolg für die medienübergreifende Zusammenarbeit im hr“. Dass die ohnehin nicht ganz stressfreie Arbeit der Journalistinnen pandemiebedingt erschwert wurde, erwähnt sie nur am Rande. Lohn all dieser Mühen ist nun der „Grimme-Preis Spezial“ dafür, dass Boberg und Rütten hingehört haben und die Botschaften konsequent, schlüssig und crossmedial umgesetzt haben. Diese Belohnung nehmen sie Ende August während der Gala in Marl entgegen.

Christian Arndt



„Sensibel und zielgruppenorientiert“: Petra Boberg (links) und Christine Rütten.

Foto: hr/Sebastian Reimold

„Das grenzt an Terror“

Wie die Frankfurter Rundschau mit Hass und Bedrohungen umgeht

Im jährlich von Reporter ohne Grenzen erstellten weltweiten Ranking der Pressefreiheit ist Deutschland um drei Positionen auf Platz 16 von 180 abgerutscht und setzt damit seinen Abwärtstrend fort. Ein Hauptgrund ist die gestiegene Gewalt bei Demonstrationen, die Organisation zählte im vergangenen Jahr 80 Übergriffe auf Vertreter der Presse. Die Dunkelzif-

fer dürfte deutlich höher liegen. Das allgemeine Klima ist in Teilen der Gesellschaft medienfeindlicher geworden. Deswegen wurde 2021 der Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten ins Leben gerufen, um Standards im Umgang mit Hass, Bedrohungen und Gewalt zu definieren. Wie die Frankfurter Rundschau diesen umsetzt, er-

klärt Chefredakteur Thomas Kaspar.

Warum war die Frankfurter Rundschau – immerhin als einziges hessisches Medium – bereits ab Start des Schutzkodex mit dabei?

Die Initiative ist auf uns zugekommen. Zuvor hatten wir uns mit Kolleginnen und Kollegen der taz ausgetauscht und festgestellt, dass wir im Wesentlichen

bereits die Maßnahmen des Schutzkodex erfüllen. Dieser schreibt ohnehin nur fest, was in Qualitätsmedien Standard sein sollte. Für uns ging es hauptsächlich darum, ein Zeichen zu setzen und auf die teils schwierige Situation von Journalistinnen und Journalisten aufmerksam zu machen.

Innerhalb der Mediengruppe Ippen, von der wir ein

Teil sind und die nicht in Gänze dem Schutzkodex beigetreten ist, machen wir auf die Standards aufmerksam und fungieren bei Problemen als Anlaufstelle.

Mit welcher Art von Angriffen sind Mitarbeitende in Ihrem Haus konfrontiert?

Der allgemeine Hass auf Medien hat in den letzten Jahren zugenommen. Persönliche Angriffe gab es schon immer, aber durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation weiter verschärft. Seitdem die Impf-Frage im Raum steht, ist die Bedrohungslage vollkommen anders. Betroffen ist nicht mehr nur der Investigativ-Journalist, sondern auch Kolleginnen und Kollegen in den Lokalredaktionen – die teils davon überrascht und daher im ersten Moment etwas ratlos waren.

Wie drückt sich das konkret aus?

Auf einer sehr persönlichen Ebene gibt es beispielsweise Drohanrufe in der Nacht, in denen der Anrufer klar macht, die Wohnanschrift zu kennen und vielleicht noch Details aus dem privaten Umfeld des Journalisten, der Journalistin nennt. Das grenzt an Terror. Auf der anderen Seite werden die Kanäle in den Sozialen Medien überflutet. Das kommt stark von Seiten der impfskeptischen Szene. Aber auch seit dem Krieg in der Ukraine werden einzelne Kolleginnen und Kollegen persönlich verbal angegriffen. Teils war aufgrund der Anzahl der Kommentare und Nachrichten unser Community-Team nicht mehr in der Lage, dem Herr zu werden.

Und in der redaktionellen Arbeit?

Es kommt vor, dass eine

Gruppe systematisch jeden Artikel zu einem bestimmten Thema prinzipiell infrage stellt, versucht dagegen vorzugehen, mit Klage droht und dergleichen. Ziel ist, vorausgehend eine Schere im Kopf zu produzieren, damit über kritische Themen nicht mehr berichtet wird.

Ein Redakteur erhält eine Hassmail, eine Redakteurin wird in den Sozialen Medien sexistisch beleidigt, ein Reporter bei einem Außeneinsatz bedroht oder gar tätlich angegriffen. In welcher Form leistet Ihr Medienhaus in solchen Fällen konkrete Hilfe?

Wir haben eine Anlaufstelle in der Chefredaktion implementiert, um je nach Bedarf aktiv werden und auf alle Bereiche zugreifen zu können. Unserem von Stefan Stukenbrok geleitetem Community-Team können alle Hasskommentare und Postings in den Sozialen Medien gemeldet werden, welches die Betroffene anschließend betreut. Wir prüfen alle Drohungen umgehend durch unsere Justiziarin und unseren Justiziar auf strafrechtliche Belange und ob besondere Maßnahmen nötig sind. Die letzte Stufe ist die Kontaktaufnahme mit dem Staatsschutz, der die Betroffenen dann polizeilich betreut. Das war in unserem Haus in den letzten Jahren zwei Mal der Fall.

Eine Redakteurin wurde vor Jahren auf einer Demonstration tätlich angegriffen. Unsere Rechtsabteilung



„Der Hass auf Medien hat zugenommen“, beobachtet FR-Chefredakteur Thomas Kaspar. Foto: Marcus Schlaf

hat sie vertreten und alle Kosten übernommen. Das Verfahren zog sich in die Länge, war für uns am Ende aber erfolgreich. Haben Sie auch schon persönliche Erfahrungen gemacht?

Regelmäßig erhalte ich nachts Drohanrufe. Dann heißt es sein Leben danach ausrichten und das Verhalten ändern: keine anonymen Anrufe mehr entgegennehmen, skeptisch sein, wenn das Telefon um eine solche Uhrzeit klingelt. Früher bin ich davon ausgegangen, dass etwas passiert ist, eins meiner Kinder mich braucht oder Ähnliches. Trotzdem möchte ich meine Nummer nicht verbergen und mich nicht verstecken.

Welche Hilfe nehmen Sie in Anspruch?

Mein Leben lang habe ich Community-Teams betreut und Supervision dafür gemacht. Somit habe ich für mich Methoden entwickelt, um die Vorfälle mental zu verarbeiten. Wichtig ist auch, dass man sofort rechtlich einschreitet.

Hat Ihr Medienhaus Vorfälle schon zur Anzeige gebracht – und mit welchem Ergebnis?

Beleidigungen zeigen wir meist nicht an, Bedrohungen hingegen schon. Wir haben bereits zahlreiche Vorfälle in den Sozialen Medien bei der Polizei in Bayern angezeigt, weil dort der Sitz des Verlagshauses ist, in dem unser Community-Team angesiedelt ist. In einem Fall hatte jemand eine Straftat angedroht und konnte von der Polizei ermittelt werden. Wie auch der Urheber, der dem Verlag eine DDoS-Angriff angekündigt hatte, um unsere Internetseite lahm zu legen. Beide Vorfälle zogen rechtliche Konsequenzen nach sich, die wir allerdings nicht kennen.

Fühlen Sie sich bei den Strafermittlern gut aufgehoben?

Sowohl die bayerische wie die hessische Polizei hat ihre Teams verstärkt, so dass wir sehr schnell eine Rückmeldung erhalten und auch feste Ansprechpartner

haben. Früher war das alles eher eine Black Box. In den meisten Fällen können allerdings die mutmaßlichen Straftäter nicht ausfindig gemacht werden.

Dann bringen Anzeigen häufig ja doch nichts.

Auch wenn Ermittlungen eingestellt werden ist es wichtig, dass die Vorfälle bei der Polizei aktenkundig sind. Das ist hilfreich, wenn Betroffene die Auskünfte im Melderegister sperren lassen möchten, um ihre private Anschrift zu verbergen. Das geht nicht ohne Weiteres und muss bedauerlicherweise immer wieder erneut beantragt werden.

Der Schutzkodex sieht auch vor, dass sich Medienunternehmen um professionelle psychologische Hilfe kümmern.

Bisher wurde das in unserem Haus noch nicht in Anspruch genommen. Ippen Investigativ arbeitet mit einer Mentorin zusammen, auf die wir bei Bedarf zurückgreifen könnten.

Genießen Freie grundsätzlich den gleichen Schutz?

Freie, die in unserem Auftrag investigativ recherchieren, betreuen wir bei Bedarf rechtlich und psychologisch und wir weisen sie explizit auf den Schutzkodex hin. Auch freie Lokaljournalistinnen und -journalisten können sich an uns wenden, und wir würden uns bei Problemen schützend vor sie stellen. Meines Wissens war das bisher noch nicht nötig.

Zu den meisten tätlichen Angriffen auf die Presse kommt es bei Demonstra-

tionen von Querdenkern. Wie schützt die Frankfurter Rundschau in solchen Fällen ihre Mitarbeitenden und beauftragten Freie?

Sie werden dort regelmäßig beschimpft, aber darüber hinaus gab es bislang noch keine tätlichen Angriffe. Polizeischutz brauchten wir daher nicht, vielleicht ist die Querdenker-Szene in Frankfurt vergleichsweise gemäßigt.

In welchen Punkten sehen Sie in Ihrem Haus konkreten Bedarf, um Journalistinnen und Journalisten noch besser zu schützen?

Problematisch sind vor allem langfristige Folgen. Pandemiebedingt wird derzeit die Kriegsberichterstattung von Kolleginnen und Kollegen auch im Homeoffice betreut. Wir merken, wie enorm belastend es ist, täglich mit grauen-

haften Berichten und Bildern konfrontiert zu sein, die auch nach der Arbeitszeit im Kopf bleiben. Wenn man nicht zynisch ist, bewegt einen das doch sehr. Der direkte Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen fehlt.

Wir denken darüber nach, ob in solchen Fällen psychologische Betreuung oder eine Supervision nötig ist. Das ist derzeit bei allen mir bekannten Qualitätsmedien ein Thema. Bleibt die Frage, wie kleinere Mantelredaktionen damit umgehen und ob sie das überhaupt auf dem Radar haben.

Die Fragen stellte Jens Brehl.

Mehr Beiträge zum Thema im Newsletter zum Datenschutz auf der Homepage des DJV Hessen.

„Ein Mann wie Werner“

„Reinke am Samstag“ sammelt mit Wunschkonzert fast eine Million Euro für Opfer des Kriegs in der Ukraine

Was einer allein mit der Hilfe von vielen verändern kann? Das hat Werner Reinke jetzt bewiesen. Rund 900.000 Euro haben die Hörerinnen und Hörer seiner hr1-Sendung „Reinke am Samstag“ seit Mitte März für die Opfer des ukrainischen Krieges bisher gespendet. Und das allein auf seine Initiative hin.

„Als am 24. Februar der Krieg ausbrach, habe ich fassungslos in den Fernseher gestarrt. Als Mensch, der ich bin, Jahrgang 1946, damit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und mit der großen Sicherheit versehen, dass ich keinen Krieg mehr erleben werde. Plötzlich war ich Zeitgenosse eines kriegerischen Geschehens“, beschreibt der Moderator seine Gefühle und Gedanken am Tag 1 der Zeitenwende. Ein Blickkontakt mit seiner Frau Lidia genügte, und beide waren sich einig: „Wir können am Samstagmorgen nicht Neues von Miley Cyrus erzählen, wenn in der Ukraine Menschen erschossen werden.“

Ein Zufall kam ihnen zunächst zupass: Lidia Antonini, verantwortliche Musikredakteurin und seit 16 Jahren Reinkes Ehefrau, hatte bereits eine Sondersendung fertig über Johnny Cash, der am 26. Februar 90 Jahre alt geworden wäre. Tags darauf schickte Reinke hr-Programmdirektorin Gabriele Holzner seine Überlegung für eine Spendensendung. Für die Entscheidung brauchten die Gremien etwas Zeit, die das Team Antonini/Reinke mit einer weiteren Sondersendung ohne Gesangstitel überbrückte.

Welle der Hilfsbereitschaft

Währenddessen kam die Entscheidung von Intendant Florian Hager und Programmdirektorin: Reinke soll mal machen. Und seine spontane Idee löste eine Welle der Hilfsbereitschaft für die Ukraine aus. Das Team „Reinke am Samstag“ bekam jegliche Unterstützung, vor allem ihres hr1-Kollegen Marc Schmidt hervor, der es mit dem Spendenkonto der Aktion

„Aktion Deutschland hilft“ verknüpfte. „Mir kam es darauf an, dass man jederzeit den Kontostand einsehen kann“, betonte Reinke. „Dass jeder ganz leicht eine Spendenquittung anfordern kann.“

Auf ein solche Resonanz in der hr1-Community waren Antonini und Reinke nicht vorbereitet: Sie haben mit ein, zwei Sendungen und 5.000 Euro Erlös kalkuliert. „Und dann kam's ganz anders“, lacht die Radio-Legende. Schon vorm Start waren Musiktitel gewünscht und 17.000 Euro gespendet worden.

Jede Sekunde seien in dieser ersten Sendung 20 Euro gespendet worden, rechnet Reinke hoch. In drei Stunden kamen rund 200.000 Euro zusammen. „Das war für mich überwältigend“, gesteht der große Norddeutsche mit der sonoren Stimme und dem charmanten Lächeln: „Ich saß völlig fassungslos im Studio, so als wäre eine Lokomotive über mich gefahren.“ Eine wertvollere Bestätigung ihrer sams-

täglichen Arbeit kann sich das Ehepaar nicht vorstellen.

„Erstaunlich war, wie die Leute dem Namen, der Person Werner Reinke folgen“, fasst Lidia Antonini viele Reaktionen zusammen. Ein Hörer habe ihr kürzlich am Telefon gesagt, dass man in diesen schwierigen Zeiten, jemanden bräuchte, auf den man sich verlassen kann: „Einen Fels in der Brandung. Einen Mann wie Werner.“

Glaubwürdigkeit führte auch die Jury in ihrer Begründung für den Deutschen Radiopreis 2012 in der Kategorie „Bester Moderator“ an: „Werner Reinke ist aus dem Radio nicht wegzudenken. Als Moderator mit Haltung und Leidenschaft sorgt er dafür, dass seine hr1-Sendungen nie flüchtig geraten. Seine Musikbegeisterung und sein unerschöpfliches Fachwissen machen ihn zu einem glaubwürdigen Vermittler.“

Hinter diesem ausgezeichneten Mann steht die kompetente Musikredakteurin Antonini. Sie plant die Sendung, stellt sie zusammen, sucht die Musik heraus, führt mit den Musikern im Vorfeld die Gespräche, fasst die Informationen zusammen. „Wir arbeiten Hand in Hand“, sagt sie. Oder in Reinkes Worten: „Sie macht die ganze Arbeit und ich bin da, um ihre Ideen zu verkaufen.“

Höchste Einschaltquote bei hr1

Rund zwei Tage bereitet sie je nach Sendung „Reinke am Samstag“ vor: „Ich gehe mit ihr schwanger. Ich denke nach, schnappe hier etwas auf, schnappe dort etwas auf.“ Am Ende stimmt die Mischung der laut Media-Analyse meist gehörten hr1-Sendung. Bei den Spendensendungen



Riege der Radio-Legenden: Fritz Egner, Musikredakteurin Lidia Antonini, Sting, Werner Reinke und Thomas Gottschalk.
Foto: Reinke

für die Ukraine ist jedoch vor allem die systematische Erfassung der Wunschtitel gefragt, „da ist Werner der Macher“, lässt Antonini den Vortritt. In den Sendeplänen sind nun alle gewünschten Musiktitel mit dem Text der Wünschenden unterlegt. „Spende gegen Musikwunsch“ hatte der Moderator versprochen. Inzwischen sind so viele Titel gewünscht worden, „das reicht bis Juni nächsten Jahres“.

Mit der Aktion „Reinke am Abend“ fünf mal fünf Stunden bedankte sich der Mittsiebziger fünf Tage hintereinander bei der Community für ihre Hilfsbereitschaft, spielte Wunschtitel und verlas die mit der Geldspende verbundenen, teils rührenden Kommentare. Seine hr1-Kollegen überließen ihm dafür gerne ihren Sendeplatz. Auch wenn aufgrund der riesigen Resonanz bereits seit Anfang keine weiteren Wünsche angenommen werden können, bittet Werner Reinke weiter um Spenden.

Die Kehrseite der Medaille an einem digitalen Arbeitsplatz: „Man ist einsamer“, bedauert Musikredakteurin Antonini: „Ich kann zwar alles sehen und alles finden, alle



Popsänger Sasha zu Gast bei Lidia Antonini und Werner Reinke im hr-Studio.
Foto: hr

Newsletter lesen. Aber es dauert, bis ich mit jemandem reden kann. Man will jetzt versuchen, das so zu kanalisieren, dass mehr Gemeinsamkeit möglich ist.“ „Die Work-Life-Balance war früher entschieden besser“, bestätigt ihr Mann: „Früher wurde mehr kommuniziert.“ Sich eine neue Single mit einem Kollegen gemeinsam anzuhören, sei produktiver als sich eine mp3 zu schicken. „Es war mehr Leben in der Arbeit.“

Zum Datensatz degeneriert

Nicht nur die Kommunikation, sondern auch die Aufmerksamkeit, die der Musik geschenkt wird, gehe dadurch verloren. „Musik ist inzwischen degeneriert zu einem Datensatz“, bedauert der Moderator: „Es entwertet völlig die Musik, wenn alles ständig verfügbar ist. Ein Klick genügt, um ein Lied herunterzuladen. Es ist auch nicht mehr der eigene Besitz, auf den man stolz sein kann, es ist nur eine Datei auf dem Handy. Die Verfallszeit ist gigantisch geschrumpft.“

Dadurch verlören auch die Künstler ihre Bedeutung. Sie würden gesichtslos, ergänzt Antonini: „Ich habe einige Interviews geführt, in denen sie niedergeschlagen waren, weil sie nicht erkannt werden.“ Man kennt die Stimme, vielleicht den Titel, doch um Erfolg zu haben, müssten die Künstler bekannt sein. „Was als Emotion bleibt, was man in 20 Jahren mitsingen wird“, das wage sie nicht zu prophezeien. Am Nachwuchs liege es jedenfalls nicht: „Es kommt unglaublich viel gute neue Musik von jungen Leuten.“

Gewünscht würden auch viele originelle und weniger bekannte Titel, freut sich Reinke und resümiert: „Meine Wünsche sind alle erfüllt: Mit 76 Jahren wollen die Leute immer noch, dass ich sende.“

Heike Parakenings

Gemeinderat korrekt in Szene setzen

Kommentar: Haben Journalisten auf einer Bürgerversammlung und im Kommunalparlament freie Hand bei Ton- und Bildaufnahmen?

Man stellt sich vor, die Stadt oder die Gemeinde lädt zu einer Bürgerversammlung ein. Für eine transparente und ehrliche Berichterstattung bedarf es Ton- und Bildaufnahmen, um die Szenen genau nachzustellen. Inwieweit ist das gestattet?

Ein Blick in die Hessische Gemeindeordnung (HGO), genauer § 52 Abs. 3, hilft weiter: „Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass in öffentlichen Sitzungen Film- und Tonaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind.“ Es bedarf also einer expliziten Zulassung der Aufnahmen durch Satzung.

Aber gilt dies auch für eine Bürgerversammlung wie sie in § 8a der HGO erwähnt ist? Sowohl Gemeindevertreter als auch die Bürger selbst könnten durch die Ton- und Bildaufnahmen in ihren Rechten betroffen sein. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Gemeindevertreter kann insoweit ebenso eine Rolle spielen wie das der anwesenden Bürger auch.

Aber der Gemeindevertreter hat nicht per se dieselbe Grundrechtsberechtigung wie der einfache Bürger. Gemeindevertreter sind schließlich als Amtsträger betroffen und nicht als Bürger. Den Bürgern ist insoweit vielmehr das allgemeine Persönlichkeitsrecht zuzusprechen als einem Amtsträger. Denn letzterer verlässt in seinem persönlichem Wirkkreis seine Privatsphäre, hinein in die Öffentlichkeit.

Die Stadtverwaltung muss ein Interesse haben an einer funktionierenden Gemeindevertretung. Da stellen sich Fragen, inwieweit sich Gemeindevertreter durch Bild- und Tonaufnahmen in ihrer Spontaneität gehindert sehen und daher, um eventuelle rhetorische Fehler zu vermeiden, eher schweigen. Diese Argumentation rückt aber meines Erachtens bei einer Bürgerversammlung und somit erst recht einer öffentlichen Sitzung in den Hintergrund.



Transparenz: Was ein Gemeindevertreter sagt, darf auch ausstrahlt werden. Foto: Andreas Lang

Zumindest die Gemeindevertreter dürfen sich dabei tatsächlich durch die Bürger beobachtet und gehört fühlen.

Ziel muss es sein, die Berichterstattung für eine freie Presse zu vereinfachen. Allerdings räumt § 52 Absatz 3 HGO der Gemeindevertretung eben das Recht ein, Film- und Tonaufnahmen in einer öffentlichen Sitzung zuzulassen – oder eben nicht. Eine öffentliche Bürgerversammlung ist hingegen einmaliger als der rege Sitzungsbetrieb einer Gemeindevertretung. Insoweit wäre das öffentliche Berichterstattungsinteresse größer, und man darf sich die Frage stellen, ob die Regelung § 52 Absatz 3 HGO überhaupt für eine Bürgerversammlung nach § 8a HGO geschaffen wurde.

Dennoch hat das Verwaltungsgericht Kassel 2012 entschieden, dass Film- und Tonaufnahmen aus der Gemeindevertretung in Hessen nur zulässig sind, soweit dies in der Hauptsatzung der Gemeinde vorgesehen ist. Zwar hat das VG Kassel recht, wenn es den Wortlaut der HGO-Vorschrift berücksichtigt. Der Gesetzgeber hatte aber sicher vor Augen das sogenannte „Internetstreaming“. Auch hier ließe sich ja eine Auflage dahingehend kreativ denken, eine Ton- und Bildaufnahme zuzulassen, aber ein Streaming zu verbieten.

Auch ist die Verwaltungspraxis nicht durchgehend dieselbe, wenn in der Vergangenheit Bürgerversammlungen offener dokumentiert werden durften und insoweit man für zukünftige Bürgerversammlungen die Berichterstattung erschwert.

Wenn eine Unterscheidung vorgenommen wird zwischen regem Sitzungsbetrieb und einer Bürgerversammlung, so meine ich, dass die Stadt bei einer Bürgerversammlung eher Ton- und Bildaufnahmen zulassen sollte. Auch Privatpersonen geben sich ja bewusst in die Öffentlichkeit, wenn sie an einer solchen, wohl nicht kontinuierlichen Veranstaltung teilnehmen, sofern diese abzugrenzen ist von regulären wiederkehrenden Gemeindesitzungen.

§ 8a HGO ist von seiner Systematik her auch an einer anderen Stelle in der Gemeindeordnung aufgeführt. Es regelt die Bürgerversammlung. Ob § 52 Abs. 3 HGO auch für eine Bürgerversammlung gelten soll, kann man so zusammen mit dem ausgeführten in Zweifel ziehen.

Der DJV Hessen geht gegen jede Art der Einschränkung einer offenen Presse vor. Dies erst recht vor dem Hintergrund des Abrutschens auf der Rangliste der Pressefreiheit.

Adrian Jäckel

Mit Peter Beuth im Home Office

Warum man neudeutsch den früheren Innenminister Horst Seehofer als Oldtimer bezeichnen darf

Anglizismen? Oh je, schlimm, rufen da viele reflexartig. Dabei tun Anglizismen gar nicht weh, in Maßen sind sie vollkommen „okay“. Ja, ich bin sogar „Überzeugter-in-Maßen-Anglizismen-Nutzer“ und Sprach-Optimist in einer Person. Nun ja, bei manchen Wortkombinationen tut es vielleicht doch weh: Letztens habe ich beim Zappen im Fernsehen vom Moderator gehört, dass die Zuschauer für eine Kandidatin nicht

mehr anrufen müssen, sie sei schon „gesafed“. Die war dann ganz „gechillt“, so mein Eindruck.

Kolumne

Viel „cooler“ finde ich, was uns unser geschätzter James beim „Businesslunch“ erzählt hat. Er „checkt“ als Native Speaker immer englische Texte von Unternehmen oder auch Dozenten final. Und vor kurzem habe ihn glatt jemand gefragt, ob er zur nächsten Präsentation einen Beamer mitbringen könne. Dabei fährt er gar keinen BMW, obwohl er Bayern sogar mag.

Warum ich das erwähne? Neulich war ich in München, und da war jeder Zweite ein Beamer, ein BMW-Fahrer. James war sehr freundlich und hat einen Projector zur Präsentation mitgenommen. Direkt aus dem Innenministerium ist er zum Termin gegangen. James ist halt 'ne große Nummer. Obwohl, das ist inzwischen wahrlich nichts Außergewöhnliches mehr, denn das deutsche Innenministerium muss sehr, sehr viel Geld haben.

Dort arbeiten mittlerweile meh-

rere, was sage ich, zig Millionen Menschen. Sie vielleicht auch? Home Office hat mir James voller Freude erläutert, heißt in England ja Innenministerium. Ich sage es immer wieder, wir haben Ex-Minister Seehofer unterschätzt, den Oldtimer. So nennen die Engländer kein Auto, sondern einen älteren Mann. Das war der ehemalige Home Office-Chef Seehofer mit damals 71 Jahren ja schon.

Ach, herrlich diese deutschen Anglizismen, die kein Engländer versteht, außer unser James natürlich. Meine Söhne hatten sich etwa schon auf das Public Viewing zur kommenden Fußball-WM gefreut, im Winter wohl eher schwierig, zumindest outside. James ist darüber ganz froh, denn auf den aufgebahrten, offenen Sarg und die Leichenschau namens Public Viewing verzichtet er gerne.

Ob James dabei einen Slip angehabt hätte? Jetzt wird's delikat, aber glauben Sie mir, ich denke nicht, dass James ein Unterkleid trägt. Auch keinen Pull-under, wie Deutschlands bekanntester Pullunder-Träger Olaf Schubert. Denn James zieht keinen nach unten. Er ist ein sehr positiver, optimistischer Typ. Deshalb habe ich ihn gefragt, ob er bei der nächsten Session dabei ist für die Website eines „Bros“, die bald einen fetten „Relaunch“ bekommt.



Sprachbilder – oder: Von der Kunst, sich jenseits des Hochdeutschen korrekt auszudrücken. Foto: Andreas Lang

Da ist James erschrocken. Nein, bei so einer Tagung will er nicht dabei sein, hat er versucht zu schauspielern, bevor er losgelacht hat. Na ja, Session hat er da schon übertrieben übersetzt. Ich glaube, ich gebe ihm demnächst mal ein umfassendes Auftrittstraining, da klappt das mit dem Vorspielen sicher besser, auch ohne BMW.

Ich habe James auch gefragt, ob er Evergreens kennt? Ich meine damit kultige, alte Lieder, James wiederum irgendwas aus der Botanik. Dass er aber auch alles wortwörtlich nehmen muss, unser James.

Schwierig kann es werden, wenn so mancher hierzulande mit englischen Wortspielen überzeugen will. Bei uns gab es mal einen großen Sanitärbetrieb, dessen Slogan fand ich wunderbar doppeldeutig: Die Bad Boys. Das war gut. Auch

wenn ich nicht weiß, was aus den Jungs geworden ist.

Vielleicht sollte ich einfach mal „Come in and find out“ machen, um es zu erfahren? Das war aber der Slogan von Tina Müller als Douglas-Chefin. Von ihrem Ehrgeiz war ich schon während des Studiums beeindruckt, sie war zwei Semester „über mir“, sagt man das so? Jedenfalls ist sie so werbeerfahren, dass ihr sicherlich nicht so was unterlaufen wäre wie der Schlecker-Drogeriekette einst. Erinnern Sie sich noch an die? Die waren „For you vor Ort“...

Der Autor

Murtaza Akbar ist Trainer und Vortragsredner zum Thema Sprache und Kommunikation. Der gebürtige Frankfurter mit pakistanischen Wurzeln ist zudem Berater bei der Agentur Wortwahl in Neu-Isenburg und Dozent an der Hochschule Darmstadt im Studiengang Onlinekommunikation.

Diese Kolumne ist erstmals im Gießener Anzeiger und Darmstädter Echo veröffentlicht worden.

Antworten geliefert, die den Hinterbliebenen zustehen

ZDF-Reporterin Susana Santana mit
erstmalig vergebenem Hamza-Kurtović-Award ausgezeichnet



Erinnerung an einen Helden: Susana Santana mit Hamza Kurtović Vater Armin und Preisstifter Ernes Erko Kalac.

Foto: privat

Bedeutsame Auszeichnung für ZDF-Reporterin Susana Santana: Ende März ist das DJV-Mitglied mit einem der erstmalig vergebenen Hamza-Kurtović-Awards bedacht worden. Die 52-Jährige erhält ihn für ihre konstruktiv-kritische Berichterstattung über Rassismus, Extremismus und Diskriminierung. Sie nimmt ihn dankbar und nachdenklich zugleich an, hat er doch eine besondere Historie.

Der Preis erinnert nämlich an den jungen Mann, der im Februar 2020 in Hanau von einem Rechtsextremisten erschossen worden ist. Der damals 22-Jährige war eines von neun Opfer dieses Terroraktes, an den die Erinnerung in verschiedenen Formaten wachgehalten wird. Die C&E Bildung und Sport GmbH Ende 2020 hat sich für einen nach Kurtović benannten Preis entschieden und dafür Bundeskanzler Olaf Scholz als Schirmherrn gewonnen. In 13 Kategorien ist er nun erstmalig an Einzelpersonen, Institutionen und Initiativen verliehen worden, die „Impulse für die Verbesserung des Zusammenlebens“ geben.

Ausgeschrieben worden ist er als „Heldenpreis“, als Sonderpreis für ein Lebens-

werk im Einsatz gegen Rassismus sowie für einzelne oder Gruppierungen, die sich gegen solche Trends exponieren. In der Rubrik „Journalist/Innen oder Medien und Einsatz gegen Rassismus“ ging er an Susana Santana, Reporterin im ZDF-Landesstudio Hessen. Von dort aus hat sie nicht nur in den Tagen und Wochen nach der Bluttat aus Hanau berichtet, sondern hält bis heute Kontakt zu Angehörigen und begleitet sie bei der teils mühsamen Aufarbeitung und Verarbeitung ihres Verlustes.

Stücke über Rassismus, Radikalismus, Islamismus, umgekehrt aber auch gelungene Integration für die „heute“-Nachrichten, das „heute-journal“ und Magazine in den ZDF-Kanälen beschreiben Santinas Arbeit nicht vollständig, stellen aber durchaus einen Schwerpunkt ihrer Reportagen und Dokumentationen dar. So hat sie auch nach der Ermordung von Regierungspräsident Walter Lübcke intensiv in Nordhessen recherchiert und den Prozess gegen dessen Mörder vor dem Oberlandesgericht Frankfurt begleitet. Und auch zu den Enthüllungen von internen Chats mit rechten und rechtsextremen Inhalten von Polizeibeamten in

Frankfurt und neuerdings in Darmstadt hat Santana beigetragen.

„Hanau war schon ein einschneidendes Erlebnis“, blickt Santana auf einen traurigen Höhepunkt rassistischer Exzesse in Hessen. Wegen der Monstrosität der Tat, aber auch wegen bis heute vieler unbeantworteter Fragen, denen Journalisten notgedrungen nachgehen müssten. Allen voran die Frage, ob dieser Amoklauf zwangsläufig diesen hohen Blutzoll hat fordern müssen und warum er nicht schneller hat gestoppt werden können. Santana gehört zur überschaubaren Riege der Journalistinnen, die drangeblieben ist. Sie hat in Abgründe geblickt und Defizite aufgedeckt, die beim ersten Hinsehen (noch) nicht sichtbar geworden sind.

Damit hat sie sich den Respekt der Familien und Freunde der Opfer verdient. Diese Haltung und diese Selbstverpflichtung dürften auch erklären, warum sie die Erste war, der der Vater von Vili Viorel Paun das Smartphone seines erschossenen Sohnes gezeigt hat. Auf dessen Display ist zu sehen, wie oft der junge Mann, der auf eigene Faust die Verfolgung des Täters aufgenommen hatte, vergeblich die

Polizei per Notruf zu erreichen versucht hatte, um Verstärkung zu organisieren.

Santina hat solche Missstände identifiziert und aufgedeckt. Sie hat Verantwortliche damit konfrontiert und die Entscheidung der Staatsanwaltschaft kritisch durchleuchtet, Ermittlungen einzustellen, etwa zum unverständlicherweise verschlossenen Notausgang in der Bar. Sie hat hinterfragt, warum keine Behörde hinterfragt hat, dass die Waffenbesitzkarte des Täters trotz seiner im Internet verbreiteten abstrusen Weltanschauungen und Thesen verlängert worden ist.

„Ich habe versucht, Antworten zu liefern, die die Angehörigen nicht bekommen haben“, benennt Santina einen Antrieb. „Obwohl sie ihnen doch als Erste zustehen.“ Solche publizistischen Lieferungen dürften mit der Grund dafür sein, dass Hinterbliebene bei der Gedenkfeier zum zweiten Jahrestag bei allen Defiziten auch dankbar festhielten, dass erstmals bei einem rassistisch motivierten Anschlag die Opfer im Mittelpunkt stünden und nicht der Täter.

In einem solchen Fall dürfe und könne sich ein Journalist oder eine Journalistin mit einer Sache gemein machen, meint Santina. „Wenn ich ein Unrecht erkenne, sehe ich es als meinen Auftrag herauszufinden, ob es auch tatsächlich eines ist“, beschreibt sie ihren Impetus. „Das bedeutet ja nicht, dass ich unreflektiert oder unkritisch berichte. Ich erkenne und beschreibe vielmehr objektive Missstände.“ Für diese Einstellung ist die ZDF-Reporterin nun mit einem Hamza-Kurtović-Awards bedacht worden. Eine honoräre Entscheidung.

Reportage über versklavte Jesidin

Santina ist sich ihres Privilegs bewusst, dass sie mit dem ZDF als ihrem Arbeitgeber Freiheiten genießt und einen Abnehmer für ihre Themenvorschläge findet, zu dem freie Journalisten nicht so ungehindert Zugang haben. Sie will diese Freiheiten nutzen, indem sie aufdeckt und in Zusammenhänge einbettet. Wie etwa im Fall des jesidischen Mädchens, das im Irak versklavt worden war und

den sein Peiniger bei sengender Hitze verdursten ließ. Der mutmaßliche Anhänger des „Islamischen Staates“ ist Ende 2021 vom OLG Frankfurt zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das weltweit erste Urteil wegen Verbrechen an der Minderheit der Jesiden – in diesem Fall ein fünfjähriges Kind – hatte Santina zum Anlass genommen, den Fall einer versklavten Frau zu erzählen, die neunmal verkauft und zigfach missbraucht worden ist. Der weit überwiegende Teil dieser Menschenhändler ist bislang straflos geblieben, weiß man dank ihrer Reportage.

Dass Santina solche Schicksale immer wieder in Erinnerung ruft, das Vertrauen solcher traumatisierten Gesprächspartner gewinnt, sich von konkreten Bedrohungen, etwa von Islamisten, selbsternannten Gotteskriegerern oder Erdogan-Anhängern nicht einschüchtern lässt – das ist ihr professioneller Beitrag, Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung die Macht von Worten und Bildern entgegenzuhalten. Diese Haltung ist nun mit dem Hamza-Kurtovic-Award gewürdigt worden.

Andreas Lang

HNA zum Hinhören

Hessisch/Niedersächsische Allgemeine weitet ihr Podcast-Angebot aus - Lara Thiele und Marie Klement im Digital-Team

„HNA documenta News“ – pünktlich mit der Weltausstellung in Kassel ist der dritte Podcast der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen an den Start gegangen. Von montags bis freitags soll hier das Wichtigste über die „documenta fifteen“ zu hören sein. Wer mehr wissen möchte, bekommt mehr in der Zeitung oder im ePaper zu lesen, versichert ein Hinweis. Bereits seit November informiert ein weiterer Podcast, „HNA-Nachrichtenüberblick“, täglich über die Neuigkeiten aus der Region. Und bei „Mensch, Kassel“ kommen interessante Menschen mit interessanten Geschichten zu Wort.

Die Zeitung ist das wichtigste Produkt, schon allein auf-

grund der Auflage und der Reichweite. Daran lässt Lara Thiele keinen Zweifel aufkommen. Das ist jedoch kein Hindernis für die 28-Jährige, mit großer Energie die Zukunft der traditionsreichen HNA mitzugestalten. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Marie Klement bildet sie das Digital-Team. „Podcasts werden in Deutschland immer beliebter. Laut Statistiken werden sie von rund 40 Prozent gehört“, schreiben sie auf hna.de: „Beim Autofahren, Sport treiben und dem Erledigen von Hausarbeit ist es immerhin viel einfacher, spannende Geschichten aus der Region zu hören.“ Mit dem neuen Audio-Angebot schließt sich die HNA einem Trend an, der Medien-Unternehmen Zuwachs und Ge-

winn verheißt.

Alle zwei Wochen wird seit Oktober 2021 eine neue Folge von „Mensch, Kassel“ hochgeladen. In dem Gesprächspodcast interviewt Thiele „Menschen, die in der Stadt leben, sie beeinflussen, prägen und lieben“. Eine halbe Stunde geht es jeweils um das, „was die Kasseler, Kasseler und Kasseläner bewegt“. Erster Gast war ein Gynäkologe, der auf Social-Media-Kanälen über Themen rund um Schwangerschaft und Frauenheilkunde mit großer Resonanz aufklärt. 174.000 Follower haben Dr. Konstantin Wagner bei Instagram und 97.000 Follower bei seinem Youtube-Kanal „Richtig schwanger“ abonniert.



Marie Klement Foto: privat

Weitere Gäste: das Transgender-Modell Lucy, das vor zwei Jahren bei Heidi Klums „GNTM“ teilgenommen hat, Strafverteidiger Bernd Pfläging, Filmproduzent und Moderator Hubertus Meyer-Burckhardt und die Ukrainerin Alexandra Jäger. Aufgenommen werden



„Mensch, Kassel“: Asib Malekzada erzählt Lara Thiele, wie er und seine Frau vor den Taliban aus Kabul fliehen konnten. Foto: privat

die Podcasts im Presse- und Druckzentrum der HNA. Die Podcast-Produktionen erledigen die beiden jungen Redakteurinnen.

Social Media ist für die gebürtige Kasselerin Thiele „normaler täglicher Umgang so wie das Hören von Podcasts“. Nach dem Studium von Medienwissenschaften in Marburg hat sie bei der HNA volontiert und wurde Redakteurin in einer Lokalredaktion. Dann ergab sich vor einem Jahr die Gelegenheit, das Digital-Team mitzugründen.

Bereits vor fünf Jahren war bei der HNA über einen Podcast nachgedacht worden. Im vergangenen Jahr ging es dann ganz schnell. Die Idee dahinter: Neues Produkt mit bewährtem Fokus und damit eine jüngere Zielgruppe erreichen. „Das Lokale ist die Stärke der HNA“, weiß Lara Thiele: „Wir möchten mit der Begeisterung fürs Lokale abholen, aber auf eine andere Art und Weise wie es die Zeitung kann.“

Einen guten Namen für den Podcast zu finden, war besonders schwierig. „Aber bei ‚Mensch, Kassel‘ weiß jeder sofort, worum es geht“, ist sich Thiele sicher.

Die Produktion eines professionellen Podcasts ist komplex. Lara Thiele zählt auf: „Planung, Schnitt, Artikel für Social Media

und Print schreiben. Einen Kasten mit Bild und kurzem Text anfertigen, online bewerben auf den diversen Kanälen.“ Der Arbeitsaufwand für eine Episode ist unterschiedlich. In der ersten Folge stecken insgesamt etwa acht Arbeitsstunden, schätzt sie. Fürs Konfektionieren, Texten und Bewerben auf Social Media benötigt die Redakteurin inzwischen noch rund einhalb Stunden, beim Schnitt variiert es je nach Gesprächspartner.

Mittlerweile versucht sie die Gespräche so aufzunehmen, dass es „in einem Rutsch“ durchgeht. Im Gegensatz zu „Mensch, Kassel“ gehen die beiden täglichen News-Podcasts schnell von der Hand. Mit Hilfe eines Tools wird Text per Künstlicher Intelligenz in Sprache umgewandelt. Manchmal muss die KI allerdings ein bisschen ausgetrickst werden, weil Worte oder Namen nicht richtig ausgesprochen werden wie beispielsweise „Vetter“. Dann ersetzt die Redakteurin das „V“ durch ein „F“.

Bisher wurden knapp 15.000 Downloads und Streams registriert, 4.200 Hörerinnen und Hörer haben die Podcasts abonniert. Mit diesem Start sind sie grundsätzlich zufried-

Gesprächspartnern. Lara Thiele: „Da man sie direkt auf den Ohren hat, werden Emotionen extrem gut transportiert.“ Und die Nutzung von Podcasts kann präziser



Lara Thiele im Gespräch mit einem Gast für „Mensch, Kassel“. Foto: HNA-Volontärin Alina Andraczek

den, am Ziel sehen sie sich aber noch nicht. An Themen mangelt es der Redaktion jedenfalls nicht. Bei der Suche nach Gesprächspartnern muss sie aber auch auf Sendefähigkeit achten. In Print können Zitate abgetippt werden, für einen Hinhörer im Podcast-Format müssen Interviews anders geführt werden.

Dafür sind die Zuhörer näher dran an den

gemessen werden als die Zeitungslektüre. Wie oft und wie lang wird eine Folge gehört? Wo steigen die Hörer aus? Darauf lässt sich aufbauen.

Heike Parakenings

Eine neue Podcast-Folge erscheint alle zwei Wochen auf vielen Plattformen, die Podcasts anbieten: Spotify, Apple Podcast, Google Podcast, Deezer, Amazon Music/Audible, Podimo und Youtube – und auf der Internetseite hna.de/podcast.

Investigatives Gesamtkunstwerk

Mit Netzwerken und Crowdfunding lässt sich auch in Krisenzeiten einiges bewegen

„Aufwändige Datenrecherche und investigative Themenschwerpunkte sind im Lokalen normalerweise nicht möglich“, wissen die Kolleginnen und Kollegen von Correctiv.Lokal. Daher unterstützt das gemeinnützige Recherchezentrum seit 2018 explizit auch Journalistinnen und Journalisten im Lokalen. „Das Projekt wird durch die Rudolf

alle 309 deutschen Kliniken in öffentlicher Trägerschaft angeschrieben und zu ihrem Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen befragt.

Die Ergebnisse der Recherchen wurden Anfang März in einem Dossier auf der Correctiv-Seite und in Dutzenden Lokal- und Regionalmedien veröffentlicht: correctiv.org/schwangerschaftsabbruch. Bei presstige erschienen vier Artikel von sechs Autoren, unter anderem: „In Augsburg kein Schwangerschaftsabbruch möglich – Wie kann das sein?“ (tinyurl.com/abbruch1) von Laura Mack und Alexandra Rudnew. Die Studentinnen unterstützten Correctiv von Beginn an, etwa bei den Anfragen an die Krankenhäuser. Die beiden loben Zusammenarbeit mit den Rechercheprofis: „Sie haben von Anfang an Rezepte mit grundlegenden Informationen, Links zur weiteren Recherche und später dann die Ergebnisse bereitgestellt“, erzählt Mack.

Mack interviewte für ihre Artikel vier Personen, Rudnew sogar sieben. Rudnew, die den Studiengang Interdisziplinäre Europastudien im Master absolviert, hebt hervor, dass „uns auf Augenhöhe begegnet wurde und uns alle Aufgaben zugetraut wurden wie den anderen Lokaljournalist*innen“.

Lob gab es für die Organisation der Recherche auch an anderer Stelle: Gemeinsam mit dem Verein Reporter:innen-Forum veranstaltete Correctiv.Lokal im April einen ganztägigen Online-Workshop Reporter:innen-Workshop lokal. Im „Recap der Netzwerk-Recherche zu Schwangerschaftsabbrüchen: Wie hunderte Lokaljournalist:innen gleichzeitig zum Thema recherchieren“, schilderte Maria-Mercedes Hering, Redakteurin in der Digital-Redaktion

der Augsburger Allgemeine, ihre positiven Erfahrungen bei dieser Recherche. Die Zeitung veröffentlichte zwei Artikel zu diesem Thema (tinyurl.com/schwangerschaftsabbruch2).

Mit Schrecken schaut man auf die Entwicklung in den USA:

„Seit 2005 wurden in den USA etwa 2.500 Lokalzeitungen eingestellt, in den kommenden drei Jahren sollen noch einmal 500 wegfallen“, berichtet etwa die Süddeutsche Zeitung Anfang Juli (tinyurl.com/zeitungswuesten). „Die, die überleben, werden wohl Personal abbauen müssen, was die journalistische Qualität gefährdet“, zitiert Autor Jürgen Schmieder aus einer Studie. An anderer Stelle, bei der Chicago Tribune, finden sich weitere Zahlen, die die Dramatik dieser Entwicklung verdeutlichen: 2006 arbeiteten in den USA noch 75.000 Journalisten bei Zeitungen, aktuell sind es nur noch rund 31.000 (tinyurl.com/zeitungssterben-usa).

Hoffnung verbreiten in Deutschland Projekte von Journalisten, die zu der Auffassung gekommen sind, dass es so wie bisher unter anderem im Lokaljournalismus nicht weitergehen kann. Sie wollen die Berichterstattung anders angehen. Anfang Juni konnten die lokaljournalistische Initiative „karla Konstanz“ verkünden, dass sie bei ihrem Crowdfunding über 100.000 Euro für ihr gemeinnütziges digitales Stadtmagazin einspielen konnten (karla-konstanz.de).



Kein Grund zum Zurücklehnen: Demokratie fördern und Teilhabe ermöglichen will das gemeinnützige digitale Stadtmagazin der Initiative „karla Konstanz“.
Foto: Andreas Lang

de). Die Kollegen möchten „partizipativ arbeiten und ein Medienbildungsprogramm anbieten, um Demokratie zu fördern und Teilhabe zu ermöglichen“. Der Start ist im Herbst mit vier Vollzeitstellen (verteilt auf Teilzeitstellen) geplant.

Der Ertrag aus dem Crowdfunding sei nur ein Bestandteil der Finanzierung, sagen die Gründer. Neben Einnahmen aus Abonnements, Veranstaltungen und Spenden würden weitere Förder- und Stiftungsgelder beantragt. Wenn sich dieses Modell als erfolgreich erweise, könne es „auch in anderen mittelgroßen Städten eine Lösung für die Herausforderungen im Lokaljournalismus sein.“ Als jemand, der dieses Projekt von den Anfängen beobachtet hat, erscheint mir dies durchaus realistisch. Die beteiligten Kollegen kommunizierten viel, aber stets fokussiert – beispielsweise über Newsletter oder Twitter. Und sie schafften es damit, bei über 1.000 zahlungswilligen Interessenten Sympathien für sich und ihr Projekt zu generieren.

Thomas Mrazek

Kolumne

Augs-
stein-
Stif-
tun g

gefördert, die Mitgliedschaft ist kostenlos. Es fußt auf der Idee, dass gemeinsame Recherchen mehr bewirken können als redaktionelles Einzelkämpfertum“, erwähnte Ende Juni die Jury des Grimme Online Award die besonderen Leistungen des sechsköpfigen Teams und zeichnete Correctiv.Lokal mit dem Grimme Online Award Spezial aus (tinyurl.com/jury-go). Mittlerweile beteiligen sich fast 1.300 Lokaljournalisten an diesem Netzwerk (correctiv.org/lokal). Der Autor ist auch Mitglied dort und hat bereits über mehrere bemerkenswerte Rechercheprojekte berichtet.

Das Augsburger Online-Studentenmagazin presstige wurde von Correctiv.Lokal zur Mitarbeit an einer Recherche zum Thema Schwangerschaftsabbrüche eingeladen, berichtet Studentin Laura Mack „Uns interessierte sowohl die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen als auch das Thema“, sagt ihre Kommilitonin Alexandra Rudnew. Zunächst bat das Recherchenetzwerk in seinem Crowd-Newsroom Betroffene darum, in einer strukturierten Umfrage von ihren Erfahrungen zu berichten. 1.500 beteiligten sich laut Correctiv. Im nächsten Schritt wurden dann systematisch mithilfe von [FragDenStaat.de](https://fragdenstaat.de)

Null-Nummer im Steuerbescheid

Weil die KSK dem Finanzamt Rentenversicherungsbeiträge nicht automatisch meldet, wird die Einkommenssteuer nachteilig berechnet

Versicherte der Künstlersozialkasse (KSK) gehen davon aus, dass ihre Sozialbeiträge in ihren Einkommensbescheiden als Sonderausgaben automatisch berücksichtigt werden. Was ihre Rentenbeiträge betrifft, ist dies offensichtlich ein Trugschluss.

2020 waren 192.438 freischaffende Künstler und Publizisten versichert. Wie es aussieht, sind ihre Rentenversicherungsbeiträge seit vielen Jahren im Rahmen ihrer Einkommensbescheide durch das zuständige Finanzamt unberücksichtigt geblieben. So hat die KSK als berufständische Versorgungseinrichtung zwar die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge ihrer Versicherten an das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) gemeldet, aber nicht deren Rentenversicherungsbeiträge. Dies, obwohl sowohl § 20 Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) als auch § 10 Einkommenssteuergesetz (EStG) und § 25 Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung (DeÜV) maschinell erstellte Bescheinigungen auch zu den Rentenversicherungsbeiträgen an das BZSt zur Pflicht macht. Die KSK führt für die Nicht-Übermittlung der Rentenversicherungsbeiträge entgegen den gesetzlichen Bestimmungen datenschutzrechtliche Gründe an.

Beiträge bleiben als Sonderausgaben außen vor

Die Folge für die Versicherten der KSK: Für die Finanzämter, die für die Versicherten der KSK die Einkommensbescheide automatisch mit der zentralen Datenbank des BZSt ab-

gleichen, sind der Rentenbeitrag und die geleisteten Rentenbeiträge der Versicherten gleich „0“. Selbst Versicherte der KSK, die sich ihren Rentenbeitrag des betreffenden Kalender- und Einkommenssteuerjahres bei der Deutschen Rentenversicherung Bund besorgt und in ihre Einkommenssteuererklärung in der Anlage R, Zeile 5, eingetragen haben, könnten aufgrund des automatischen Abgleichs vor dieser Null-Nummer nicht gefeit sein. Die Folge: Ihre Rentenbeiträge bis zur Kappungsgrenze von 25.000 EUR sind bei ihrer Einkommenssteuer als abziehbare Sonderausgaben meist unberücksichtigt geblieben.

Auch Versicherte im Rentenalter sind betroffen

Auch Versicherte der KSK, die sich nach ihrem Renteneintritt dazu entschlossen haben, weiter als freischaffender Künstler oder Publizist pflichtversichert und berufstätig zu sein, sind die Leidtragenden. In diesem Fall meldet zwar die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) als Teil der Deutschen Rentenversicherung Bund elektronisch auch die Rentenbeiträge an die zuständige Landesfinanzverwaltung. Offensichtlich kommt es aber an der Schnittstelle zu Problemen.

Die Folge: Diese Daten werden oftmals nicht in den Datenbankabschnitt der zuständigen Oberfinanzdirektion übernommen. Dadurch fließen die Rentenbeiträge auch nicht in die deutschlandweite Datenbank des BZSt für den späteren automatischen Abgleich durch die Finanzämter ein.



In den Fängen des Finanzamts: Wenn Kreativität nicht ausreichend steuerlich berücksichtigt wird. Foto: Andreas Lang

Schwarzer Peter an Steuerpflichtige weitergereicht

Auf der Seite der ZfA scheint es nicht zu klemmen. So unterrichtet die ZfA die Versicherten: „Aufgrund der bereits erfolgten Datenübermittlung ist es nicht erforderlich, dass Sie die gemeldeten Daten in Ihre Einkommenssteuererklärung übertragen.“ Allerdings nur auf Anforderung des Steuerpflichtigen. Denn beide Datenübermittlungsverfahren entbinden freischaffende Künstler und Publizisten davon, den Rentenversicherungsbeitrag in Elster einzutragen respektive von ihrem Steuerberater eintragen zu lassen.

Jürgen Röhr aus der Beschwerdeabteilung der Oberfinanzdirektion Hessen geht vorsorglich auf Abwehr. Nach ihm müsste die KSK nur die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, aber nicht die Rentenversicherungsbeiträge übermitteln. Damit gibt er den Schwarzen Peter an die

Versicherten der KSK weiter, die selbst in ihren Einkommenssteuerklärungen ihre Rentenversicherungsbeiträge eingeben müssten.

Dies, obwohl die Versicherten der KSK ihre bezuschussten Rentenversicherungsbeiträge nicht kennen. So teilt die KSK ihren Versicherten in ihren Jahresmitteilungen nur den hälftigen Beitragszuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung mit. Beide Beträge verrechnet sie gegenüber ihren Versicherten mit den hälftigen Rentenversicherungsbeiträgen. Darüber angeordnet gibt die KSK in der Bescheinigung über die im betreffenden Jahr geleisteten Zahlungen nur die interne Kontensicht wider, in dem sie nach Abführung an die Deutsche Rentenversicherung Bund Kranken-, Pflege und Rentenversicherungsbeiträge auf „0,00 Euro“ stellt. Damit halten Versicherte mit dieser Bescheinigung auch „0,00 EUR“ in Händen, was sie in ihren Einkommenssteuerklärungen als Rentenversicherungsbeiträge eintragen könnten.

Auf Abwehr gehen in der Regel auch die Finanzämter. Armin Keiper, beim Finanzamt Limburg-Weilburg zuständig für gewerbliche Einkünfte und Freischaffende: „Sie haben es versäumt, die Rentenversicherungsbeiträge in Ihren Einkommenssteuererklärungen anzugeben.“ Dabei entbinden beide Übermittlungsverfahren, sowohl von der KSK an das BZSt als auch von der ZfA an die zuständige Landesfinanzverwaltung, die Steuerpflichtigen von der Eintragung ihrer Rentenversicherungsbeiträge in den Einkommenssteuererklärungen. Zudem legt § 173 Absatz 1 Nummer 2 Abgabeverord-

nung (AO) unmissverständlich fest: „Steuerbescheide sind aufzuheben oder zu ändern, soweit Tatsachen oder Beweismittel nachträglich bekannt werden, die zu einer niedrigeren Steuer führen und den Steuerpflichtigen kein grobes Verschulden daran trifft, dass die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekannt werden.“ Nach § 228 AO gilt eine Verjährungsfrist von fünf Jahren. Damit müssen Finanzämter für die nachträgliche Berücksichtigung der geleisteten Rentenversicherungsbeiträge bis Ende dieses Jahres Einkommenssteuerbescheide rückwirkend bis einschließlich 2016 öffnen. Noch weiter

zurück reicht der Anspruch der Steuerpflichtigen, wenn das Finanzamt die Einkommenssteuerbescheide nach § 164 Absatz 2 AO vorläufig unter Vorbehalt der Nachprüfung gestellt hat. In diesem Fall kann der Steuerpflichtige jederzeit die Aufhebung oder Änderung der Steuerfestsetzung auch vor Beginn der Verjährungsfrist beantragen.

Versicherungsverlauf anfordern

Der Rat an Betroffene: Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund den Versicherungsverlauf zur Vorlage beim Finanzamt anfordern. Daraus geht rückwirkend Ka-

lenderjahr für Kalenderjahr der Rentenbetrag hervor. Auf diesen Rentenbetrag wendet das Finanzamt den Beitragsatz an, um so die Rentenversicherungsbeiträge als abziehbare Sonderausgaben zu ermitteln. Für Versicherte, die trotz Rente weiterhin als Künstler oder Publizisten tätig sind, ist ebenfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund der richtige Ansprechpartner. Der Rentenbetrag geht dann aus der „Information über die Meldung an die Finanzverwaltung, Inhalt der Rentenbezugsmitteilung“ für das betreffende Jahr hervor.

Hadi Stiel

Die 4-K-Kettenreaktion

Dozentin Alexandra Borchardt plädiert in ihrer Keynote für das LPR-Forum Medienzukunft für eine vernetzte Berichterstattung

Journalismus neu denken, nicht weniger als das hat Keynote-Speakerin Alexandra Borchardt auf dem LPR-Forum Medienzukunft Ende April in Frankfurt gefordert. Die Journalistin und Beraterin hat ja nicht Unrecht mit ihrer Aufforderung, aus klassischen Denkmustern und Rubrizierungen auszubrechen – um Journalismus einerseits zu legitimieren und um andererseits qualifizierte Autoren für Journalismus zu gewinnen. Nur – und das kam bei ihrer Analyse zu kurz – müssen die Medienhäuser und mehr noch die Verlage mit dieser Strategie am Ende auch Geld verdienen.

Borchardt hat auf dem jährlichen Forum der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zurecht einen Paradigmenwechsel angemahnt, in den Strukturen und in den Köpfen. Der drängt sich aus diversen Anlässen und Entwicklungen auf und ist aus genauso vielen Gründen zwingend notwendig. Als Reaktion auf den

Medienwandel: Aus Lesern, Hörern, Zuschauern sind längst User geworden. Auf die Digitalisierung: News werden nicht mehr für die Tagesschau zur Prime Time oder die Printausgabe gebunkert, sie werden gepusht, um Reichweite und Media Time zu generieren. Auf die Erwartungshaltung: Constructive Journalism begleitet, er bevormundet nicht.

Parallelität der Krisen

Und über alle diese Trends des vergangenen Jahrzehnts hinaus akut und aktuell getrieben, durch ein Konglomerat von Krisen, wie Borchardt auf dem LPR-Forum über „Die resiliente Gesellschaft – Über die nötige Vielfalt an Denkmodellen und den Journalismus in Krisen-Zeiten“ richtig herausgearbeitet hat. Journalistinnen und Journalisten können sich nicht mehr den Luxus gönnen, eine Krise nach der anderen abzuarbeiten: Banken-Krise, Fukushima, Krim-Annexion, Pandemie.

Plötzlich überlappen sie sich und greifen tief in die Alltagsgestaltung ein. Borchardt hat sie in der Evangelischen Akademie die „drei K-Laute“ genannt: Covid, Krieg, Klimawandel. Mittlerweile hat sich ein vierter hinzugesellt: Konjunktorentwicklung. Der erste klingt schon wieder ab, allen Inzidenz-Schwankungen zum Trotz. Beim zweiten stellt sich eine seltsam-beklemmende Gewöhnung ein; es wird schon mehr der Auftakt am Verhandlungstisch herbeigesehnt als dass um die Opfer der Gräueltat getrauert wird. Und bei letzterem, obgleich einem wahren Dekadenthema, sind selbst die jungen Klimaaktivisten verstummt. Da erinnert eher der heiße und trockene Sommer, der mittlerweile im Frühjahr beginnt daran, dass etwas grundlegend aus dem Ruder läuft.

Mit welchen Ressourcen?

Da nicht in journalistischen Aktivismus auszubrechen und

Haltung zu zeigen, ist ein Imperativ von Qualitätsjournalismus, da hat Borchardt schon recht. Nur mit welchen Ressourcen? Wenn Verlagshäuser mühsam Paid-Content-Modelle implementieren müssen, und der Rundfunkbeitrag für die Öffentlich-Rechtlichen nach zähem Ringen um Cent-Beträge steigt? Wenn immer weniger Personal immer schneller immer mehr Inhalte für immer mehr Ausspielwege generieren muss?

Die Analystin hat ja recht. Jammern hilft nichts. Und der User goutiert diesen Paradigmenwechsel prinzipiell ja. Die Glaubwürdigkeit der Medien ist gestiegen. In der Pandemie und bei Ausbruch des Kriegs holten die Nachrichten und Sondersendungen top Einschaltquoten. RTL war heilfroh, dass es für seine News-Offensive kurz zuvor bekannte Köpfe von den Öffentlich-Rechtlichen weg engagiert hat. Junge Menschen wollen sich seriös

informieren, nicht oberflächlich.

Aber sie gähnen schon wieder bei diesen Buzz Words, News Fatigue macht sich breit. Das Bedürfnis nach Entschleunigung steigt parallel mit dem nach slow news, der Bereitschaft, sich langen, ausgeruhten Lesestücken zu widmen. Eine der Erklärungen dafür, dass etwa die ZEIT – selbst oder gerade mit ihren mehrseitigen Dossiers – konstant steigende Auflagenzahlen meldet.

Bleibt als Reizthema allenfalls die in der Tat globale, alles übergreifende Herausforderung des Klimawandels. Auch die Medien fordert er heraus, wie nicht erst Borchardts Befund offenlegt. Dieses Thema hat das Potenzial, redaktionelle Strukturen aufzubrechen, die Erderwärmung und deren fundamentalen Folgen als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Die ressortübergreifend beschrieben wird und nicht parallel in klassischer Ressortzuordnung. Themenseiten oder Dossiers unter dem Titel „Grün Leben“ zeigen in diese Richtung, auch wenn sie in der Regel nur Specials sind und nicht Teil einer kontinuierlichen Berichterstattung.

Positiv betrachtet

Wobei Leads wie „Grün Leben“ attraktiver und konstruktiver wirken, wie Borchardt auf dem Forum nicht als Erste festgestellt, aber richtigerweise wieder in Erinnerung gerufen hat. Sie laden ein und schrecken

nicht ab. „Der Dauer-Fokus auf das Negative macht Vielen zu schaffen“, konstatiert sie. Untergangsszenarien – auch bei Klimaprognosen – schrecken ab, erschöpfen, führen zu News Avoidance – dem Gegenteil von Media Time.

Wenden wir es also positiv: Noch vor zehn Jahren war das Stichwort Klimawandel nicht so legitimierend für eine journalistische Grundhaltung wie etwa das Bekenntnis zum europäischen Gedanken oder noch elementarer zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das hat sich gewandelt. Nicht nur als Eltern, Großeltern, Staatsbürger nehmen Journalisten eine Haltung zu dieser Mammutaufgabe ein. Was die Chance eröffnet, das Thema in der Berichterstattung neu und Rahmen sprengend zu denken – und Aufmerksamkeit zu generieren.

Constructive Journalism also – Begleitung und Hilfestellung. Mit einer klaren Haltung, ohne Ambivalenz. Und ohne sich zu überheben und ohne sich zu übernehmen. Denn auch Journalistinnen und Journalisten sind keine eierlegenden Wollmilchsäue, können Komplexitäten und Desinformationen nur bis zu einem gewissen Grad durchdringen.

In der Vermittlerrolle

Redaktionen, so Borchardts Befund, haben Kompetenzlücken, sind zu homogen aufgestellt. Sie haben zu wenig

Physiker, Ökonomen, Mediziner, Militärexperten in ihren Reihen – weil am falschen Ende gespart worden ist. Folglich müssen sie sich auf externe Expertise verlassen, die ihrerseits interessensgesteuert ist. Ein Circulus Vitiosus. Das Mindeste, was eine Redaktion tun muss, ist, diese Defizite offenzulegen, sich zu erklären, Defizite transparent zu machen.

Manchmal, so erinnerte Borchardt, reicht es auch einfach, Experten und User zusammenzubringen, Foren zu moderieren, Kontakte zu Experten – idealerweise aus den eigenen Reihen – zu initiieren, ohne sich aufzuschwingen zum Welterklärer. Eine neue Bescheidenheit, die manchem Routinier schwerfallen dürfte. Solche Ansätze finden sich etwa in „Deutschland spricht“, ein aufwändiges Matching, in dem die ZEIT jeweils zwei Menschen mit konträren Ansichten zu einem Dialog zusammengeführt hat.

Und dann ist da noch die für viele schöne neue Datenwelt. Die Einbettung von Datenjournalismus, Erkenntnissen aus Nutzerverhalten, Visualisierungen, Bewegtbilder, Gra-

fiken. Ein Vorreiter bei Letzterem ist die Fuldaer Zeitung, die für ihren seitenfüllenden und seitenübergreifenden Grafikjournalismus mehrfach den European Newspaper Award eingestrichen ist. Der aber auch bewusst ist, dass solche komplexen Darstellungen derart personalintensiv sind, dass sie sie nicht tagtäglich produzieren können. Wenn sie denn im Blatt sind, sind sie jedenfalls ein echter Hingucker.



Fleisch an die Knochen: Ein permanenter Fokus auf Not und Elend ermüdet User und schreckt sie ab. Foto: Andreas Lang

Andere Verlage vermitteln Informationen spielerisch, die „Financial Times“ etwa mit einem „Climate Game“. Bleibt die Frage, wann das im redaktionellen Alltag noch entwickelt werden soll? Und mit welchem Return of Investment? Für einen Journalismus 2.0 sind sie mittlerweile konstitutiv. So viel Klarheit haben wir mittlerweile.

Andreas Lang

Das LPR-Forum Medienzukunft

Die 13. Auflage hat sich der „resilienten Gesellschaft – Über die nötige Vielfalt an Denkmodellen und den Journalismus in Krisen-Zeiten“ gewidmet. Die damalige hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann sprach eingangs darüber, wie die Demokratie gegen eine Zunahme an Hass, Hetze und Desinformation geschützt werden kann. Neben Borchardts Keynote widmete sich eine

zweite der Gestaltung der digitalen Welt. Viktor Mayer-Schönberger, Professor für Internet-Governance und Regulierung an der Universität Oxford stellt sie unter die Überschrift „Über Bauchgefühl und Maschinengläubigkeit hinaus“.

Das Forum, das bisher unter der Schirmherrschaft des früheren Ministerpräsidenten Volker Bouffier

stand, wird von der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien organisiert. Deren Versammlung steht Jörg Steinbach vor, zugleich stellvertretender Landesvorsitzender des DJV Hessen. Vorherige Foren behandelten seit 2009 medienpolitische Themen wie den Einfluss des Silicon Valley, die Plattform-Demokratie, die Netzgesellschaft oder digitale Nachhaltigkeit. ala

Digitale Entgiftungstour

Auf Einladung von hr-iNFO und Frankfurter Presseclub: Lebhaftige Debatte über „Qualitätsjournalismus in Krisenzeiten“ im Museum für Kommunikation

Nicht nur Keynote-Speakerin Alexandra Borchardt befasste sich auf dem LPR-Forum ausführlich mit Journalismus zwischen Haltung und Krise (siehe Artikel auf Seite 24). Zwischen diesen beiden Polen oszillierte auch die Talkrunde „Qualitätsjournalismus in Krisenzeiten“ Ende Juni im Frankfurter Museum für Kommunikation. Dazu hatten hr-iNFO und der Frankfurter Presseclub eingeladen.

Es gab eine Menge Klärungsbedarf in den fast zwei Stunden. Moderatorin Sylvia Kuck kam gar nicht dazu, alle eingangs umrissenen Komplexe aufzurufen. Stattdessen kamen so rasch so viele Fragen aus dem Publikum auf, dass die Wiesbadener DJV-Ortsverbandsvorsitzende, die auch im Landesvorstand sitzt, weniger als Stichwortgeberin fungieren musste und sich charmant dem Publikum zuwenden konnte.

„Die Nachrichten werden immer schlechter: Hunger hier, Waffen dort, Krieg und Klima – wer will das noch lesen?“ Kucks einleitende Frage umriss die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Qualitativ neu sei, dass diese Krisen sich nicht nur überlappen. Sie träfen und beträfen auch jeden, inklusive die Berichterstatter. Wie ist es da mit Objektivität und professioneller Distanz bestellt, wenn der Schutzschild löchrig wird, Mitgefühl und Sympathie wachsen? Einschätzungen dazu gaben nicht nur FAZ-Herausgeber Carsten Knop und hr-iNFO-Chef Ulli Janovsky ab, sondern mit Maren Urner auch eine ausgewiesene Neurowissenschaftlerin, die in Köln Medienpsychologie lehrt. Mit überraschenden Einblicken ins menschliche Gehirn – und dessen ganz menschliche Reaktion auf Reize jeglicher Art, auch nachrichtlicher.

Sie relativierte allzu hohe Erwartungen ans souveräne journalistische Metier, zweifelte ein vermeintliches Neutralitätsprinzip an. „Es gibt keine neutrale Informationsweitergabe. Das beginnt mit der Themenauswahl und



Kopfkino: Wann das Gehirn aus der Nachrichtenverarbeitung aussteigt, sezierte Neurowissenschaftlerin und Medienpsychologin Maren Urner imposant. Repro: ala

-eingrenzung, geht über die Auswahl der Gesprächspartner und endet bei der Zusammenstellung der Zitate und Bilder.“ Diese Form der alltäglichen Selektion in den Redaktionen ist für Urner weit entfernt von Aktionismus oder gezielter Manipulation.

Sie ist aber nicht zwingend kongruent mit den Interessen der ausgewählten Gegenüber. Und kollidiert mit Erwartungshaltungen und Wertvorstellungen von Usern. Deshalb müssten Journalistinnen und Journalisten sich und ihre Arbeitsweise erklären, sich ehrlich machen, erst recht, wenn sie an die Grenzen ihrer (Recherche-)Möglichkeiten stoßen. Gerade jüngere Journalistinnen und Journalisten würden nicht scharf trennen zwischen hehrem Anspruch an die Profession und eigener Haltung zu grundlegenden Fragen.

Mit einer solchen Offensive, einem Blick ins Redaktions-Labor gewissermaßen, könne auch der Vorwurf der weichgespülten „Mainstream-Medien“ entkräftet werden, nahm Knop seine Profession in Schutz. So funktioniere freie Presse nicht. Wie unterschiedlich die Rollenerwartungen sind, wie erklärungsbedürftig das journalistische Handwerk ist, zeigte sich gleich in der ersten Publikumsfrage. Die konstatierte eine Art „Mittelklassen-Journalismus“, in dem zu wenig Raum bleibe für abweichende Ansichten und Strukturen.

Fundierte Dialoge

Journalismus war bisher semipermeabel, jetzt ist er osmotisch geworden. Seine Mechanismen zu erklären bedarf des Dialogs, der Interaktion. In den unterschiedlichsten Formaten, wozu auch die Einladung von Presseclub und hr-iNFO ins Kommunikationsmuseum gehört. Ein Dialog, gerade mit Kritikern, setzt aber auch voraus, dass letztere wissen wovon sie sprechen und nicht nur Pauschalurteile oder gar -urteilungen posten. Also nicht pauschal der Vorwurf der Systempresse oder Lügenpresse erheben, sondern sich an konkreten Publikationen abarbeiten. Um wenigstens einen rudimentären Wissensstand voraussetzen zu können und nicht Bots oder Deep Fakes aufzusitzen, arbeitet Künstliche Intelligenz mittlerweile mit Eingangsprüfungen, berichtete Urner. Die können zum Beispiel darin bestehen, dass vor der Zulassung zum Chat pauschal Basiswissen zum Content abgefragt wird, wenigstens die Überschrift und Unterzeile eines inkriminierten Artikels. Oder hinter der Bezahlschranke der Klarname erfragt wird, um – wie in der realen Welt auch – mit offenem Visier zu debattieren – oder mangels substanzieller Kommentare eben nicht.

Die Auseinandersetzung mit einer lauten Minderheit bleibt für die FAZ zwar anstrengend, erst recht wenn auf unterstem Niveau gar Morddrohungen ausgesprochen werden, wie sie Knop mit seiner Redaktion auch schon verarbeiten musste. Umgekehrt empfindet er die zunehmende Auseinandersetzung mit dem produzierten Content auch als eine Bestätigung journalistischen Gespürs und des Renommées von Tageszeitungen. Ansehen genießen, Digitalredaktionen etwa wüchsen. Auch wenn sich beträchtliche Teile der Gesellschaft in ihrer eigenen



*Die Informationsflut bändigen: Einordnung und Gewichtung erhöht die Bereitschaft, neue Nachrichten aufzunehmen.
Foto: Andreas Lang*

Medienblase bewegen: „Ganz so düster ist die Lage im Qualitätsjournalismus nicht“, so sein Befund.

Bad news keine good news mehr

Wer wendet sich von den Medien ab? Und wie kommen Medienmacher zurecht mit der Informationsflut und der digitalen Beschleunigung? Dazu zitierte die Psychologin aus dem neuen globalen Digital News Report von Reuters: Hauptgrund für das Digital Detox sei die Überforderung, mit dieser Informationsfülle umzugehen. Das führt zur Entscheidung, Nachrichten zu meiden (News Avoidance), erst recht, wenn es schlechte sind.

Beispiele dafür sind das nachlassende Interesse an Themen wie weltweite Flucht und Migration, die quasi komplett von der Agenda verschwunden sind oder an dem brutalen Krieg in der Ukraine, der unaufhörlich unerträgliches Leid produziert. Gut geklickt wird hingegen konstruktiver Journalismus, Ratgeber, Servicethemen, Finanztipps. Für Einordnungen und Hilfestellungen gehen User gerne auch hinter die Paywall.

Nachrichten erst mal verdauen

Fehlt nur noch eine Orientierungshilfe: Medienkompetenz. Eine Forde-

rung, die auch der DJV Hessen seit Jahr und Tag allerorten und unermüdlich platziert und zum Beispiel im schulischen Lehrplan fordert. Bei seinen Kontakten mit Studenten macht Janovsky immer wieder die Erfahrung, dass diese mit dem dualen Rundfunksystem nichts anfangen können. Die holen sich ihre News Bites aus den unterschiedlichsten Quellen, idealerweise seriösen.

„Informationsverarbeitung braucht Zeit“, plädierte Urner gegen derlei Häppchen. So wie der Verdauungstrakt Nahrung über eine lange Strecke umwandle, um sie effizient verwerten zu können, müsse auch das Gehirn Nachrichten verarbeiten. Ein mediales Grundrauschen von einem Ohr zum anderen reicht nicht, um tiefgründig informiert zu sein. Auf oberflächliche Fake News fallen übrigens tendenziell eher ältere Semester herein.

„Wir alle sind Influencer“, erinnerte Janovsky. So mancher in den sozialen Medien geteilte Kommentar hat eine höhere Reichweite als ein Zeitungsartikel oder Radiobeitrag. „Aufgabe von Qualitätsjournalismus ist und bleibt die Einordnung, die Gewichtung. Das ist unsere Profession und bleibt unser Anspruch.“

Andreas Lang

Das volle digitale Programm

Der DJV Hessen wieder in diversen sozialen Medien präsent

Der DJV Hessen ist zurück auf Twitter oder Instagram. Hinter dem bei den einzelnen Posts verwendeten Kürzel „KS“ verbirgt sich der freie Fotograf und Vorstandsmitglied Karsten Socher aus Kassel. Beiden Accounts hat er nach fast zwei Jahren Stillstand wieder Leben eingehaucht, aktuelle Videos auf YouTube bereitgestellt und darüber hinaus auch den neuen Auftritt auf LinkedIn eingerichtet – nahezu täglich und alles ehrenamtlich.

Socher geht es um einen regen Austausch. Sein Ziel: „Wir müssen aus unserer Blase heraus.“ Das bedeutet unter anderem, nicht stumpf zu retweeten, sondern sich ernsthaft mit den Inhalten zu beschäftigen, sie einzuordnen und damit einen echten Mehrwert für Follower zu schaffen. Was die sich wünschen, hatte Socher zuvor in einer Umfrage ermittelt. Einblicke in die Verbandsarbeit und Informationen zu Veranstaltungen

stehen hoch im Kurs.

Darüber hinaus ist es ihm wichtig, auch auf interessante Themen und Veröffentlichungen außerhalb der DJV-Welt aufmerksam zu machen, um Medienschaffende zu informieren oder gar Nachwuchs für Journalismus zu begeistern – und im besten Fall auch für den DJV Hessen. Dessen Mitglieder sind eingeladen Sochers Aktivitäten zu unterstützen: liken, kommentieren, abonnieren und weiterempfehlen. „Ich wünsche mir, dass wir in den Sozialen Medien noch stärker diskutieren.“ Dem Landesvorsitzenden Knud Zilian ist es übrigens zu verdanken, dass in den letzten Jahren zumindest die Facebook-Präsenz nicht ganz eingeschlafen ist. Den Auftritt dort betreut er zusätzlich zu seinen zahlreichen Aufgaben nach wie vor.

Auch die Internetseite hat der Vorstand im Blick. Denn die ist nicht nur an vielen Stellen unübersichtlich, sondern vor-

allem auch optisch wie technisch extrem in die Jahre gekommen. Der Bundes-DJV hat eine Ausschreibung für eine neue Internetseite gestartet; mehrere Agenturen sind aufgefordert, Konzepte und Kalkulationen einzureichen. Diesem Relaunch werden sich die Hessen anschließen, auch um Kosten für das Programmieren und die anschließende technische Pflege zu optimieren.

„Wir werden auf ein eigenes Design achten, um uns vom Bund und den anderen Landesverbänden zu unter-

scheiden“, erklärt Socher. Die jetzige Internetseite hat er akribisch unter die Lupe genommen, eine Ist- und Fehleranalyse erstellt und Wünsche gesammelt. Was sich von letzteren umsetzen lässt, wird sich zeigen. Einen konkreten Zeitplan, bis wann die neue Internetseite online sein soll, gibt es noch nicht. Ist diese jahrelange Baustelle abgearbeitet, verfügt der DJV Hessen endlich wieder über moderne und professionell geführte Internet-Auftritte – wie es sich für einen Berufsverband gehört.

Jens Brehl



Der DJV Hessen informiert neuerdings auch auf den gängigen Social Media-Kanälen. Repro: ala

Das muss ins Netz!

In eurem Bezirks- oder Ortsverband ist einiges los? Ob eigene Veranstaltung, spannende Projekte der Mitglieder oder Neues aus der heimischen Medienwelt: Karsten Socher freut sich über jeden Hinweis an bild@djv-hessen.de.

Folgen lohnt sich

Instagram: https://instagram.com/djv_hessen

Twitter: <https://twitter.com/djvhessende>

LinkedIn: <https://de.linkedin.com/company/djvde>

Facebook: <https://de-de.facebook.com/djvhessen/>

YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UCTgHaiRMoj75E-KP1ogT6Zw>

Jens Brehl

Instagram



Twitter



LinkedIn



Facebook



YouTube

